

Oberösterreichischer



Landesrechnungshof

Gutachten

Marktgemeinde

Haslach an der Mühl

Bericht

Auskünfte

Oberösterreichischer Landesrechnungshof

A-4020 Linz, Promenade 31

Telefon: #43(0)732/7720-11426

Fax: #43(0)732/7720-214089

E-mail: post@lrh-ooe.at

Impressum

Herausgeber: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
A-4020 Linz, Promenade 31

Redaktion und Grafik: Oberösterreichischer Landesrechnungshof
Herausgegeben: Linz, im Mai 2008

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	1
Strukturelle Entwicklung	4
Organisation	4
Dienstposten und Personalstand	4
Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltung	5
Kernverwaltung	6
Organisationsanalyse nach den Themenfelder des CAF	7
Führungsarbeit	7
Strategie und Planung	8
Personalmanagement	8
Externe Partnerschaften und Ressourcen	9
Prozess- und Veränderungsmanagement	9
Bürgerorientierte Resultate	9
Mitarbeiterzufriedenheit	9
Auswirkungen auf die Gesellschaft	10
Leistungsergebnisse der Organisation	10
Haushalts- und Finanzsituation	10
Haushaltsergebnisse	10
Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung	11
Laufende Gebärung	13
Öffentliches Sparen	13
Freie Finanzspitze	14
Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)	15
Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2011	15
Maastricht-Ergebnis	15
Verschuldung	16
Beteiligungen	16
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen	16
Auswirkungen auf den Haushalt	16
Schülerausspeisung	17
Kindergarten	17
Hallenbad	17

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung	18
Bauhof	18
Außerordentliche Vorhaben	19
Überblick	19
Tourismus- und Kulturzentrum Haslach	19
Bauabwicklung	19
Kosten und Finanzierung	20
Tourismus- und Kulturzentrum Haslach BetriebsGmbH	23
Kaufmännische und haustechnische Abwicklung	24
Mietverhältnisse	24
Kultur in der Fabrik (KuF)	25
Veranstaltungssäle	26
Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum Linz (BBRZ)	26
Grundbeschaffung für Bezirksaltenheim	26
Sonstige Feststellungen	27
Förderungen und andere freiwillige Leistungen	27
Ungekürzte Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben	27

Abkürzungsverzeichnis / Glossar

A

A 85-89	Abschnitt 85-89 für Gebarungsdarstellung der Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit
ABA	Abwasserbeseitigungsanlage
ao. H.	außerordentlicher Haushalt

B

BZ	Bedarfszuweisungsmittel
----	-------------------------

C

CAF	Common Assessment Framework – Ein Gemeinsames Europäisches Qualitätsbewertungssystem
-----	--

E

EDV	Elektronische Datenverarbeitung
ESVG 95	Europäisches System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung aus 1995

F

FAG	Finanzausgleichsgesetz
-----	------------------------

G

GR	Gemeinderat
----	-------------

I

IT	Informationstechnik
----	---------------------

K

KDZ	Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum
KuF	Verein „Kultur in der Fabrik“
KZ	Kennziffer

L

LGBL	Landesgesetzblatt
LRH	Landesrechnungshof
LTZ	Laufende Transferzahlung(en)

M

MA	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
MFP	Mittelfristiger Finanzplan

N

NPM	New Public Management
-----	-----------------------

	O	
o. H.		ordentlicher Haushalt
	P	
PE		Personaleinheit
	Q	
QSP		Quote öffentliches Sparen
	R	
RHV		Reinholdungsverband
RQ		Rechnungsquerschnitt
	S	
SHV		Sozialhilfeverband
	T	
TDZ		TDZ Donau-Böhmerwald Technologie- und Dienstleistungszentrum
TuK		Tourismus- und Kulturzentrum
TZ		Transferzahlung
	V	
VA		Voranschlag
VRV		Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung
	W	
WVA		Wasserversorgungsanlage

Der Landesrechnungshof (LRH) hat in der Zeit vom 26.11.2007 bis 10.01.2008 über Ersuchen der zuständigen Referenten Landesrat Josef Ackerl und Landesrat Dr. Josef Stockinger vom 12.11.2007 ein Gutachten im Sinne des § 4 Abs. 7 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Z. 8 des Oö. LRHG, LGBl. Nr. 38/1999 idgF über die Gebarung der Marktgemeinde Haslach, politischer Bezirk Rohrbach, erstellt.

Schwerpunkte des Gutachtens bildeten die Haushalts- und Finanzsituation, wobei dem außerordentlichen Haushalt, insbesondere dem Vorhaben „Adaptierung und Umbau des ehemaligen Betriebsareals Firma Vonwiller zu einem Tourismus- und Kulturzentrum (TuK)“ und die damit verbundenen Rechtsverhältnisse ein besonderes Augenmerk geschenkt wurde. Des weiteren waren die Organisation der Verwaltung sowie öffentliche Einrichtungen wie zB das Hallenbad von besonderer Bedeutung.

Ziel des Gutachtens war es, die finanzielle Lage der Marktgemeinde zu bewerten und Einsparungspotentiale sowie Einnahmenoptimierungen bei den defizitären öffentlichen Einrichtungen aufzuzeigen.

Die finanzielle Entwicklung des Gesamthaushaltes wurde auf Basis der Rechnungsquerschnitte im Zeitablauf 2005 – 2007 aufgearbeitet. Prognosewerte wurden aus der mittelfristigen Finanzplanung 2008 – 2011 entnommen und bei Bedarf in die Finanzanalyse mit einbezogen.

Zur Beurteilung der Gebarungsführung war es notwendig, neben finanzwirtschaftlichen Aspekten auch betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen.

Das Prüfungsteam setzte sich aus Herrn Hubert Eschlböck als Prüfungsleiter und den Herren Viktor Lang und Josef Lenglachner zusammen.

Das vorläufige Ergebnis der Prüfung wurde dem Bürgermeister in der Schlussbesprechung am 18.04.2008 zur Kenntnis gebracht.

Nachstehend werden in der Regel punktweise die Sachverhaltsdarstellung (Kennzeichnung mit 1 an der zweiten Stelle der Absatzbezeichnung), deren Beurteilung durch den LRH (Kennzeichnung mit 2), die Stellungnahme der überprüften Stelle (Kennzeichnung mit 3 und im Kursivdruck) sowie die allfällige Gegenäußerung des LRH (Kennzeichnung mit 4) aneinandergereiht.

In Tabellen und Anlagen des Berichtes können bei der Summierung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben durch die EDV-gestützte Verarbeitung der Daten rundungsbedingte Rechendifferenzen auftreten. Im Regelfall wurden Beträge kaufmännisch gerundet.

KURZFASSUNG

- (1) Die Marktgemeinde Haslach (ca. 2.600 Einwohner) ist eine innovative Wohn- und Klimabündnisgemeinde. Durch eine zukunftsorientierte Strategie entwickelte sich Haslach vom traditionsreichen Webereistandort zum modernen Dienstleistungsstandort. Mit dem Aus- und Umbau von zwei erhaltungswürdigen Firmengebäuden entstand ein Kommunal- und Regionalzentrum für die Bereiche Gewerbe, Dienstleistung, Bildung und Kultur.
- (2) Haslach zählt zu den finanzkräftigsten Gemeinden im Bezirk Rohrbach. Der ordentliche Haushalt wies immer geringe Überschüsse (2006 von 8.000 Euro, 2007 von 5.000 Euro) aus. Der außerordentlichen Haushalt stellte meist ein ausgeglichenes Ergebnis dar, sodass der gesamte Haushalt in den Jahren 2006 und 2007 positiv abschloss.

In den letzten Jahren sank aber der Saldo der laufenden Gebahrung lt. Rechnungsquerschnitt (RQ) ständig, weil die Ausgaben für Transferzahlungen und Verwaltungs- und Betriebsaufwand stärker stiegen als die laufenden Einnahmen. 2005 wurde dieser Trend nur unterbrochen, weil aus der Veranlagung von Erlösen aus der Sparkassenfusionierung Gewinnanteile von 251.000 Euro erzielt wurden. Aus den laufenden Salden der Jahre 2006 (271.000 Euro) und 2007 (318.000 Euro) ergab sich jeweils eine öffentliche Sparquote von 8,4 % bzw. 9,3 %. Die daraus ableitbare freie Finanzspitze war 2006 durch vorzeitige Darlehenstilgungen negativ und betrug 2007 plus 138.000 Euro. Laut mittelfristiger Finanzplanung wird dieser finanzielle Spielraum leicht ansteigen.

- (3) Aus der Sparkassenfusionierung erzielte die Marktgemeinde einen „Liquidationserlös“ von 7,27 Mio. Euro. Davon wurden 60 % in Form von Aktien und 40 % in bar ausbezahlt. Mit Jahresende 2007 betrug das Nominale der Aktienbeteiligung an der Sparkasse Mühlviertel West 4,36 Mio. Euro.
- (4) Die Marktgemeinde ist gering verschuldet. Der Schuldenstand reduzierte sich in den letzten drei Jahren um 546.000 Euro auf 3,44 Mio. Euro. Er resultierte zu 97 % aus Förderungsdarlehen für den Wasser-, Kanal- und den Wohnbau, zu 3 % aus der Sanierung des Hallenbades und dem Bau des Feuerwehrhauses. Weiters haftete die Marktgemeinde für Darlehen des RHV Mühltal (1,47 Mio. Euro).
- (5) Im Zeitraum 2003 bis 2006 lag das Ausgabenvolumen im ao. Haushalt bei 6,13 Mio. Euro. Die Einnahmen von 5,19 Mio. Euro wurden zu 69 % aus Zuschüssen, zu 27 % aus Eigenmitteln und zu 4 % aus Fremdmitteln aufgebracht. Die hohen Zuschüsse waren vor allem durch die Weitergabe der Bedarfszuweisungen an die Tourismus- und Kulturzentrum Haslach BetriebsGmbH begründet.
- (6) Für die Errichtung des Tourismus- u. Kulturzentrums wurden zwei ehemalige Fabrikliegenschaften angekauft und für gewerbliche und kulturelle Zwecke umgebaut. Dazu gründete die Gemeinde die Tourismus- und Kulturzentrum Haslach BetriebsGmbH (TuK), die dieses Projekt abwickelte und finanzierte. Das Projekt wurde in zwei Bauabschnitten mit geschätzten Kosten von 10,85 Mio. Euro geplant, wofür genehmigte Finanzierungspläne vorlagen. Derzeit überlegt das Land OÖ, die in den Finanzierungsplänen vorgesehenen Baukostenbeiträge des Landes für den 2. Bauabschnitt teilweise in Mietvorauszahlungen, umzuwandeln. Durch diese Umwandlung hätte die TuK in den Folgejahren geringere Mieteinnahmen wirtschaftlich zu verkraften bzw. die Mietzinse entsprechend zu erhö-

hen. Der LRH wies darauf hin, dass sich dieses geplante Vorgehen auf die Finanz- und Ertragslage der TuK negativ auswirkt und gab der Gemeinde im Rahmen ihrer Eigentümerfunktion eine Reihe von Empfehlungen.

- (7) Einige öffentliche Einrichtungen verursachten 2007 Abgänge von 194.000 Euro. Die Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und die Verpachtung und Vermietung von Gemeindevermögen erwirtschafteten Betriebsüberschüsse von zusammen 100.000 Euro. Der LRH regte an, die Interessentenbeiträge für Wasser und Kanal für künftige Neubau- und Instandhaltungsmaßnahmen einer Rücklage zuzuführen.
- (8) Die Gemeindeverwaltung ist personell ausreichend besetzt. Die Personalausgaben (ohne Pensionen) 2006 betrugen 633.000 Euro. Der Personalkostenanteil lag bei 19,6 % der laufenden Ausgaben des Rechnungsquerschnittes (RQ) und stieg 2007 geringfügig auf 19,8 %. Diese Kostenanteile hielt der LRH für angemessen, zumal die Gemeinde auch ausgegliederte Bereiche (TuK und KuF – Kultur in der Fabrik) mit verwaltet. Für diese ausgegliederten, rechtlich selbständigen Bereiche sollten der Gemeinde die anfallenden Kosten refundiert werden.
- (9) In der Organisation der Verwaltung sah der LRH Entwicklungspotentiale. Sie ist mit den Grundsatzsätzen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung nur teilweise vertraut. Die Bürgerorientierung und das Engagement der Gemeindeführung sind aber gut ausgeprägt. Der LRH hielt eine ganzheitliche Verwaltungsmodernisierung unter Einbindung der Politik für geboten und empfahl einen externen Experten einzubinden.
- (10) Zusammenfassend sah der LRH folgenden Handlungsbedarf.

Zur **Organisationsentwicklung**:

- Die Gemeindeverwaltung verstärkt ziel- und wirkungsorientiert ausrichten. Dazu sollten die Organisationsziele für die einzelnen Fachbereiche definiert und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommuniziert werden (siehe Pkt. 3.2.).
- Die Verwaltung neu organisieren. Es sollte ein Organigramm erstellt werden, das die Gemeindeverwaltung in zwei abteilungsähnliche Organisationseinheiten gliedert (siehe Pkt. 4.2.).
- Das jährliche Mitarbeitergespräch als Führungsinstrument einführen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern messbare Ziele vereinbaren (siehe Pkt. 7.2.).
- Strukturiertes Personalentwicklungskonzept durch die Amtsleitung erstellen. Schulungen in Bereichen Führung, Verwaltungs-, Qualitäts- und Veränderungsmanagement forcieren (siehe Pkt. 9.2.).
- Geschäftsprozesse optimieren, Aufgabenüberschneidungen zwischen einzelnen Stellen bereinigen und Schnittstellen reduzieren (siehe Pkt. 5.2.).
- Einführung einer zeitgemäßen EDV für die Geschäftsabwicklung im künftigen Bauhof und Vernetzung mit dem Gemeindeamt (siehe Pkt. 33.2.)

Zum effektiven und effizienten Zusammenwirken mit der TuK:

- Freiwerdende Personalressourcen in der Verwaltung für Agenden der TuK und KuF einsetzen und die dafür anfallenden Personalkosten den jeweiligen Leistungsempfängern verrechnen. Die von der TuK ausgelagerten Buchhaltungs- und Verwaltungsagenden sind schriftlich zu vereinbaren (siehe Pkt. 2.2.).
- Die Architektenleistungen und Honorarvereinbarungen der TuK möglichst nach den zwischen der Ingenieur- und Architektenkammer und dem Land Oö. verhandelten Musterverträgen regeln (siehe Pkt. 36.2.).
- Die von der TuK vereinbarten Mietentgelte sind sehr niedrig. Es wäre zu prüfen, inwieweit marktkonforme Mietentgelte möglich sind (siehe Pkt. 43.2.).
- Über den Ankauf der Musikinstrumente von 509.000 Euro „Kultur in der Fabrik“ sollte ehestens ein schriftlicher Kaufvertrag abgeschlossen werden (siehe Pkt. 46.2.).

Strukturelle Entwicklung

- 1.1. Die Marktgemeinde Haslach (ca. 2.600 Einwohner) verfolgte eine zielorientierte Entwicklungsstrategie, indem sie sich vom traditionsreichen Webereistandort des oberen Mühlviertels zu einer Dienstleistungs- und Wohngemeinde entwickelte. Haslach ist eine Klimabündnisgemeinde und avancierte 2007 zu den innovativsten Gemeinden Österreichs. Durch den Aus- und Umbau der beiden erhaltungswürdigen ehemaligen Firmengebäuden entstand ein Kommunal- und Regionalzentrum für die Bereiche Gewerbe, Dienstleistung, Bildung und Kultur.
Die Zielvorstellungen der nächsten Jahre sind für die Bereiche Wirtschaft, Kultur und Freizeit, Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliche Entwicklung im Leitbild „Lokale Agenda 21“ dargestellt.
- 1.2. Der LRH stellte positiv fest, dass die im Leitbild gesetzten wirtschaftspolitischen Ziele bisher erfolgreich umgesetzt wurden.
- 1.3. *Die Marktgemeinde merkte dazu an, dass ihre durchgeführten Kommunalprojekte wie das Vonwiller-Projekt für den vollzogenen Strukturwandel von größter Bedeutung waren. Dadurch wurde der Standort der Marktgemeinde Haslach entsprechend aufgewertet.*

Organisation

Dienstposten und Personalstand

- 2.1. Der vom Gemeinderat 2006 beschlossene Dienstpostenplan sah für die Verwaltung 24 Dienstposten (20,08 PE) vor. Die Marktgemeinde hielt diesen Stand an Dienstposten und des Personals seit 2004 konstant. Im Jahr 2006 verteilte sich das Personal auf folgende Bereiche:

Kernverwaltung	9 Bedienstete/8,38 PE
Schülerausspeisung	1 Bedienstete/0,53 PE
Bauhof	6 Bedienstete/6 PE
Reinigung	8 Bedienstete/4,67 PE

Der Dienstpostenplan sah für die Kernverwaltung 9 Bedienstete (8,38 PE) vor und wurde gegenüber der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 für Gemeinden von 2.500 bis 3.500 Einwohner nahezu voll ausgeschöpft. Allerdings wurden in der Dienstpostenplanung 0,9 PE für erweiterte Aufgabengebiete einbezogen, die nicht der Kernverwaltung zuzurechnen waren. zB Gemeindewohnungen, Tourismus- und Kulturzentrum Vonwiller (TuK GmbH und Verein KuF).

Die Personalsituation war von einer geringen Personalfuktuation und wenigen Krankenständen geprägt.

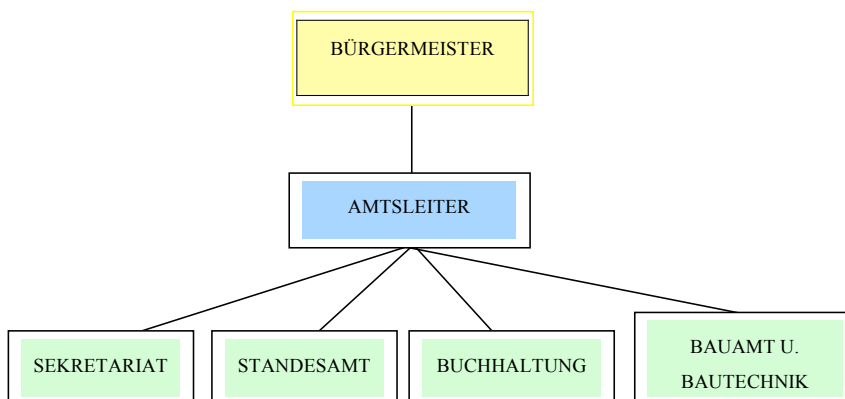
- 2.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Marktgemeinde in der Kernverwaltung noch auf freie Personalkapazitäten zurückgreifen kann. Er empfahl, diese Personalressourcen verstärkt für künftige Agenden der TuK und KuF zu reservieren. Dabei wäre der Dienstpostenplan aufgaben- und kostenbewusst zu prüfen. Für den Leistungsaustausch zwischen Kernverwaltung und TuK bzw. KuF sind exakte Arbeitsaufzeichnungen des Personals zu führen und die Personalkosten zu verrechnen. Der LRH sah die von der Gemeinde vorgenommene Einsparung eines Dienstpostens für einen Schulwart der VS und HS durch die Übernahme dieser Agenden durch den Bauhof ohne Personalaufstockung im Bauhof positiv.

Konzeptionelle Grundlagen einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltung

- 3.1. Eine moderne und qualitätsvolle öffentliche Verwaltung orientiert sich gegenwärtig und in den nächsten Jahren an den konzeptionellen Grundlagen von New Public Management (NPM) bzw. Good Governance und am Kriterienraster des Common assessment framework (CAF siehe Pkt. 6). Diese Lösungsansätze erfordern:
- eine veränderte Steuerungsstrategie (Ausrichtung der Verwaltung auf Visionen, Aufgaben oder Ziele, umfassendes Qualitätsmanagement, Kennzahlenvergleiche),
 - eine neue Organisationskultur (Leitbilder, positives Betriebsklima, Aufbau einer Vertrauenskultur),
 - Verbesserung der Organisationsstruktur (Aufbau- und Ablauforganisation mit verstärkter Aufgaben- und Verantwortungsdelegation, Anreizsysteme) sowie
 - neue Instrumente in den Bereichen Informationswesen, Personalmanagement und Informationstechnologie (zB Kostenrechnung, Personalentwicklung, Evaluation, Bürger- und Mitarbeiterbefragung, E-government).
- 3.2. Der LRH stellte fest, dass die Verwaltung mit einer ziel- und wirkungsorientierten Verwaltungsführung teilweise vertraut war. Er merkte positiv an, dass einige Elemente wie Bürger- und Kundenorientierung sowie E-government und Leitbilder gut ausgeprägt waren. Der LRH empfahl jedoch, dass die Gemeindeverwaltung verstärkt in einem kontinuierlichen Prozess der Wirkungs- und Qualitätsorientierung im Sinne einer ganzheitlichen Verwaltungsmodernisierung auszurichten wäre. Die Politik sollte die Modernisierungsziele mit gestalten, indem der Bürgermeister, sowie der Gemeindevorstand an der Strategieentwicklung und an den Leitprojekten mitwirken. Zur Modernisierung sollte die Marktgemeinde folgende Schritte setzen:
- Ein strategisches Gesamtkonzept zur ziel- und wirkungsorientierten Ausrichtung aller Verwaltungsbereiche erstellen.
 - Reformprojekte initiieren und durch eine interne Projektsteuerungsgruppe koordinieren. Diese sollte sich aus Bürgermeister, Amtsleiter, einem Vertreter der politischen Mandatare und einem externen Begleiter zusammensetzen. Mit Hilfe der Projektsteuerungsgruppe werden Entscheidungen gemeinsam getragen und das Verständnis gefördert. Ein externer Begleiter hat eine wertfreie Sicht auf die Situation, kann die Projektumsetzung professionell begleiten und trägt zur Lösung von Veränderungskonflikten bei.

Kernverwaltung

- 4.1. Die Koordination zwischen politischer Führung und Verwaltung ist über die Amtsleitung geregelt. Nach dem Organigramm gliedert sich die Verwaltung in vier Gruppen (Sekretariat, Standesamt, Buchhaltung, Bauamt und Bautechnik). Die Organisationsstruktur und Geschäftsverteilung der Gemeindeverwaltung stellte sich folgendermaßen dar:



Die Gemeindeverwaltung verfügte über keine aufgabenbezogene Organisationsstruktur. Die Aufgaben der allgemeinen Verwaltung waren im Organigramm nicht als Organisationseinheit zusammengefasst dargestellt. Die Arbeitsbereiche der Bediensteten waren im Geschäftsverteilungsplan, der laufend aktualisiert wurde, geregelt. Die Erledigung von artgleichen und artverwandten Aufgaben erfolgte durch verschiedene Bedienstete.

- 4.2. Nach Meinung des LRH war die Aufgabenverteilung historisch gewachsen und vorwiegend nach personellen Gegebenheiten ausgerichtet; sie sollte aber aufgabenorientiert geregelt werden. Er empfahl, die Aufgaben im Gemeindeamt neu zu definieren und diese nach Aufgabengruppen zu strukturieren. Empfehlenswert ist es, abteilungsähnliche Organisationseinheiten durch zwei Fachbereiche zu schaffen. Ein Bereich sollte die allgemeine Verwaltung sowie das Bürger- und Bauservice umfassen, der andere die Finanz- und Vermögensverwaltung inkl. die Gemeindebetriebe. Beide Bereiche wären nach wie vor vom Amtsleiter zu führen. Die artgleichen und artverwandten Aufgabenbereiche sind den jeweiligen Bediensteten zu zuweisen. Im Sinne einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung soll die Fach- und Ressourcenverantwortung möglichst umfassend bei den Ausführenden liegen. Innerhalb der zwei zu schaffenden Fachbereiche sollten qualifizierte Sachbearbeiter auch Führungsaufgaben wahrnehmen, dessen Umfang vom Amtsleiter festzulegen wäre. Um die Serviceleistungen für die Steuerung zu verbessern, wäre das Sekretariat als Stabstelle für den Bürgermeister und den Amtsleiter überlegenswert.

- 5.1. Die Betriebsorganisation (Ablauforganisation) war grundsätzlich geregelt. Die zeitliche und räumliche Abwicklung aller Aktivitäten wie Arbeitszeitregelungen, Entscheidungswege, Informationsflüsse sowie Betriebsvereinbarungen entsprach den Normen. Die Geschäftsabwicklungen im Gemeindeamt wurden mit der Installation des EDV-Programmes „Documents“ (easy archiv) in Richtung papierloses Büro modernisiert.
- 5.2. Der LRH regte an, Aufgabenüberschneidungen zwischen einzelnen Stellen zu bereinigen und die Schnittstellen zu reduzieren. Er empfahl, die Arbeitsabläufe einer Geschäftsprozessoptimierung zu unterziehen und durch Delegieren die Fach- und Ressourcenverantwortung zusammenzuführen.

Organisationsanalyse nach den Themenfelder des CAF

- 6.1. Im Rahmen der Organisationsanalyse nach den Themenfelder des CAF wurden Interviews mit dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und mit zwei Schlüsselkräften durchgeführt. Der CAF basiert auf neun Themenfeldern mit bestimmten Kriterien und Leistungsmerkmalen. Er ermöglicht öffentlichen Verwaltungen der Europäischen Union auf standardisierte und somit vergleichbare Weise Analysen und Selbstbewertungen des erreichten Modernisierungsstandes.
- 6.2. Der LRH stellte fest, dass die Marktgemeinde grundsätzlich mit den Kriterien und Leistungsmerkmalen des CAF nicht vertraut war. Er empfahl, die Gemeindeverwaltung möglichst nach Qualitätskriterien des CAF auszurichten.

Führungsarbeit

- 7.1. Führungskräfte sollten ihr Engagement erkennen lassen. Sie müssen Interessensgruppen genau kennen und ein Gleichgewicht zwischen Bedarfen und politischen Vorgaben herstellen können. Die Führungssituation in der Verwaltung war durch diverse Richtlinien, und Dienstanweisungen geregelt. Die Amtsleitung leistete im strategischen Bereichen Führungsarbeiten, übernahm aber auch operative Tätigkeiten von nachgeordneten Bediensteten.
- 7.2. Nach Meinung des LRH war die Amtsleitung und der Bürgermeister um eine gute Führung bemüht. Sie sind sehr engagiert und besitzen in kommunalen Bereichen ein umfassendes Wissen. Der LRH empfahl Folgendes:
 - Operative Tätigkeiten so weit wie möglich von der Amtsleitung an MA delegieren und strategisches Arbeiten des Amtsleiters forcieren.
 - Die Führungsqualität des Amtsleiters nach den Grundsätzen des New Public Management weiter verbessern.
 - Die Organisationskultur weiter verbessern, Führen mit Zielen forcieren.
 - Die Eigenverantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken.
 - Das jährliche Mitarbeitergespräch als Führungsinstrument einführen. Dabei sollte über das abgelaufene Jahr Rückschau gehalten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Feedback gegeben werden. Als Ergebnis des Mitarbeitergespräches wären

spezifische Ziele in Abstimmung mit den Organisationszielen zu vereinbaren und zu dokumentieren.

- Regelmäßig wären mit den beiden qualifizierten Sachbearbeitern Jours fixes im operativen Teil einzuplanen. Auch Mitarbeiter-Jours fixes sollten bedarfsgerecht erfolgen.

Strategie und Planung

- 8.1. Strategie und Planung müssen sich mit der internen Kultur, dem Aufbau und den Geschäftsabläufen einer Organisation auseinandersetzen. Strategie, Planung und Prozesse sollen fortwährend überwacht werden, um festzustellen, ob sie als Ganzes wechselnden Rahmenbedingungen gerecht werden. Für die Marktgemeinde wurde 2002 ein Leitbild im Rahmen der „Lokalen Agenda 21“ erarbeitet und dient nunmehr als Handlungsrichtlinie für die grundsätzliche Gemeindeentwicklung und der interkommunalen Beziehungspflege mit dem Ziel eines innovativen und wirkungsorientierten Auftretens der Gemeinde. Für die Gemeindeverwaltung gab es jedoch keine konkreten strategischen Ziele. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen daher nur wenige Entwicklungsziele und damit zusammenhängende Strategien.
- 8.2. Der LRH hielt positiv fest, dass die Marktgemeinde ihre Ziele im infrastrukturellen Belangen erreichte (zB Wohnbaugemeinde, Errichtung des Tourismus- und Kulturzentrum). Nach Meinung des LRH sollten auch in der Gemeindeverwaltung mittel- und langfristige Ziele definiert und mit den Mitarbeitern kommuniziert werden. In der Folge wären Strategien zur Umsetzung dieser Ziele zu entwickeln. Er empfahl, Strategie, Planung und Prozesse fortlaufend zu evaluieren.

Personalmanagement

- 9.1. Das Themenfeld Personalmanagement hinterfragt, wie die Organisation Wissen und Potential der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen fördert und wie sie diese Aktivitäten plant, damit sie Politik und Strategie der Organisation unterstützt. Die Anforderungen an das Personal sind in keinen Stellenbeschreibungen definiert. Es fehlen Stellenziele für die MA. Für die Amtsleitung sind keine Koordinierungs- und Strategietätigkeiten festgehalten. Für die Amtsleitung und die Mitarbeiter gab es 2004 bis 2006 fachspezifische Ausbildungen und wenige persönlichkeitsbildende Seminare. Eine gezielte Personalentwicklungsstrategie war nicht zu erkennen.
- 9.2. Der LRH gewann den Eindruck, dass die Marktgemeinde die Weiterbildung des Personals grundsätzlich förderte. Der LRH sah im Personalmanagement folgende Verbesserungsmöglichkeiten:
 - Stellenbeschreibungen mit Stellenzielen sollten erarbeitet werden.
 - Strukturiertes Personalentwicklungskonzept sollte durch Amtsleitung erstellen werden. Vorrangig ist in den Bereichen Führung, Verwaltungs-, Qualitäts- und Veränderungsmanagement zu schulen. Die Ausbildungsmaßnahmen sind bedarfsgerecht zu planen und zwischen Amtsleitung und MA zu vereinbaren. Dazu ist das Budget für Aus- und Fortbildung zu erhöhen.

Externe Partnerschaften und Ressourcen

- 10.1. Das wesentliche Ziel, externe Partnerschaften und Ressourcen aufzubauen, besteht grundsätzlich darin, den eigenen Handlungsspielraum zu erweitern, sich Handlungsressourcen auf Feldern zu erschließen, die mit eigenen Mitteln oder aus eigener Kraft nicht erreichbar wären. Die Marktgemeinde ist innovativ und hat zahlreiche Beziehungen zu relevanten Partnern aufgebaut. Zur effizienten Ressourcensteuerung fehlt ihr eine Kosten- und Leistungsrechnung.
- 10.2. Der LRH empfahl, den Ressourceneinsatz künftighin zu überwachen. Dazu ist eine Kosten- und Leistungsrechnung im betriebswirtschaftlichen Sinn aufzubauen, wobei die Leistungen (Produkte) der Verwaltung und des Bauhofes definiert und eine produktorientierte Kalkulation eingeführt werden sollte.
- 10.3. *Die Marktgemeinde beabsichtigt eine Kosten- Leistungsrechnung gemeinsam mit der Gemdat einzuführen.*

Prozess- und Veränderungsmanagement

- 11.1. Prozess- und Veränderungsmanagement befähigt eine Organisation, ihre Prozesse zu verbessern und weiterzuentwickeln, um ihre Kunden und andere Interessensgruppen zufrieden zu stellen und einen Mehrwert für sie zu generieren. Das Prozessdenken war in der Gemeindeverwaltung ansatzweise erkennbar. In der Politik und in der Verwaltung ist das Management- bzw. Controllingverständnis zur Einleitung von Veränderungsprozessen noch zu entwickeln.
- 11.2. Dem LRH ist bewusst, dass das Prozessdenken noch einer entsprechenden Entwicklung bedarf. Er hielt es aber für wichtig, vor allem das Denken in zu erreichende Leistungen (Outputs) und Wirkungen (Outcomes) in der strategischen Arbeit des gesamten Führungsteams und in der operativen Arbeit der Gemeindeverwaltung zu verankern.

Bürgerorientierte Resultate

- 12.1. Für eine Verwaltung ist es bedeutsam, die Zufriedenheit ihrer Kunden im Hinblick auf Gesamteindruck der Organisation, Produkte und Dienstleistungen, Offenheit und Kundenorientierung zu messen. Im Interesse einer modernen und bürgernahen Verwaltung führte die Marktgemeinde ein elektronisches Bürgerportal („e-government“) ein. Eine Bürgerbefragung erfolgte bislang nicht.
- 12.2. Der LRH sah im elektronischen Bürgerportal eine wesentliche Verwaltungsvereinfachung. Für die Organisationsentwicklung als zielführend hielt er periodische Bürgerbefragungen, die auf einen Gesamteindruck der Organisation schließen lassen.

Mitarbeiterzufriedenheit

- 13.1. Die Mitarbeiterzufriedenheit beeinflusst die Leistungsfähigkeit einer Organisation. Im Rahmen der Organisationsanalyse wurde eine anonyme und standardisierte Untersuchung des Betriebsklima durchgeführt. Die wesentlichen Ergebnisse daraus sind der Anlage 1 zu entnehmen.

- 13.2. Der LRH stellte fest, dass in sämtlichen Bereichen durchwegs gute bis sehr gute Ergebnisse bzw. Einschätzungen der MA erzielt wurden.

Auswirkungen auf die Gesellschaft

- 14.1. Dieses Themenfeld beschäftigt sich mit der Frage, welche Ergebnisse die Organisation im Zusammenhang mit den Erwartungen und Bedürfnisse der Gemeinschaft erzielt. Es geht dabei auch um die Haltung der Organisation zu gesellschaftsrelevanten Fragen. Durch das Handeln der Marktgemeinde wurden Impulse in den Bereichen Wohnbau, Vereinsleben, Gewerbe, Tourismus und Kultur gesetzt.
- 14.2. Der LRH stellte fest, dass bei der Revitalisierung alter Bausubstanzen, bei der Bereitstellung und Erschließung von Baugrundstücken für Wohnbauzwecke sowie bei der Belebung des Ortskernes gute Ergebnisse erzielt wurden. Die Vereinspflege sowie die Entwicklung vom reinen Wirtschaftsstandort zum Dienstleistungsstandort war ebenso erfolgreich.

Leistungsergebnisse der Organisation

- 15.1. In diesem Bereich geht es um gemessene Leistungen und Wirkungen der Organisation bei der Erreichung von Zielen. Die Leistungsergebnisse geben Aufschluss darüber, wie die Organisation funktioniert und wie effektiv und effizient sie ihre Ressourcen einsetzt. In der Marktgemeinde gibt es nur vereinzelt Ergebnisse, die auf den Grad der Zielerreichung oder die Performance im Finanzbereich schließen lassen.
- 15.2. Nach Meinung des LRH sollte die Marktgemeinde sukzessive beginnen, ihre Leistungen auf nachvollziehbare Weise vermehrt messbar zu machen und diese mit anderen Leistungserbringern zu vergleichen (Benchmarking).

Haushalts- und Finanzsituation

Haushaltsergebnisse

- 16.1. Die Haushaltsrechnung zeigte in den letzten Jahren folgende Ergebnisse (Beträge in Tausend Euro):

Jahr	ordentlicher Haushalt	außerordentlicher Haushalt	Gesamthaushalt
2005	1,7	434,1	435,8
2006	8,4	0	8,4
2007	4,6	12,2	16,8

Im Jahr 2006 betrug das Ausgabenvolumen im o. H. 3,7 Mio. Euro und erhöhte sich 2007 auf 3,9 Mio. Euro. Zur Finanzierung von ao. Vorhaben standen in den letzten beiden Jahren 44.000 bzw. 143.000 Euro zur Verfügung. Die im Vergleich zum Vorjahr geringen Anteilsbeitragsleistungen waren durch eine vorzeitige Darlehenstilgung von 70.000 Euro bedingt. Im Jahr 2005 konnten aufgrund einer einmaligen Gewinnausschüttung aus der Sparkassenbeteiligung noch 482.000 Euro bereit gestellt werden.

Der o. H. hat durch die Betriebsüberschüsse und durch die Interessentenleistungen aus der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung profitiert. Die Betriebsüberschüsse aus den beiden Einrichtungen betrugen in den letzten 3 Jahren insgesamt 188.800 Euro. An Interessentenleistungen wurden 144.300 Euro vereinnahmt, von denen 111.100 Euro im o. H. verblieben. Auf die Bildung von Rücklagen wurde bisher verzichtet.

Positiv beeinflusst wurde die Haushaltssituation der Marktgemeinde in den letzten Jahren insbesondere durch hohe Erlöse aus der Sparkassenfusion, durch die Einnahmentwicklung aus dem FAG und durch die vorgenommenen Ausgliederungen.

- 16.2. Nach Ansicht des LRH deuten die Haushaltsergebnisse auf eine solide finanzielle Lage und auf eine sparsame Haushaltsführung hin. Die positiven Ergebnisse im o. H. ergaben sich aus der Entwicklung der Finanzkraft und der Finanzzuweisungen. Der hohe Überschuss 2005 im ao. Haushalt von 434.000 Euro war hauptsächlich durch die hohen Zuführungen für das Vonwiller-Projekt, das Feuerwehrhaus und für das Tanklöschfahrzeug begründet.

Haushaltsanalyse auf Basis der Querschnittsrechnung

- 17.1. Der nach der VRV geforderte Querschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG 95) nachgebildet und stellt die wirtschaftlichen Sachverhalte durch gemeinsame Darstellung der ordentlichen und außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben dar. Er dient der Ermittlung des Maastricht-Ergebnisses, wobei auch die mittelfristige Finanzplanung auf der Querschnittsrechnung aufbaut. Nachstehende Tabelle (Beträge in Tausend Euro) zeigt die Rechnungsquerschnitte der Marktgemeinde in verdichteter Form. Die Details dazu sind der Anlage 2 zu entnehmen und werden unter Pkt.18 bis 21 des Gutachtens näher beleuchtet.

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	06/07
		Summe o. + ao. H.			in %
	Laufende Gebarung				
19	Einnahmen	3.652,5	3.596,2	3.761,9	4,6%
29	Ausgaben	3.121,0	3.325,6	3.443,7	3,6%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	531,5	270,6	318,2	17,6%
	Vermögensgebarung				
39	Einnahmen	881,5	963,9	753,2	-21,9%
49	Ausgaben	958,3	1.270,2	901,7	-29,0%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-76,8	-306,2	-148,5	51,5%
	Saldo 1 und Saldo 2	454,8	-35,7	169,7	575,4%
	Finanztransaktionen				
59	Einnahmen	190,4	3,0	0,0	-100,0%
69	Ausgaben	211,8	394,8	161,4	-59,1%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-21,4	-391,7	-161,4	58,8%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnung o/aoH. u. ohne Abwicklungen	433,4	-427,4	8,3	101,9%
82 - 86	Abwicklung Sollergebnis Vorjahre	2,5	435,8	8,4	-98,1%
99	Administratives Jahresergebnis	435,8	8,4	16,8	100,0%

17.2. Der LRH stellte im mehrjährigen Vergleich Folgendes fest:

- Das positive Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1 des RQ) des Jahres 2005 von 531.500 Euro halbierte sich 2006 auf 270.600 Euro. Im Jahr 2007 verbesserte sich dieses Ergebnis um 47.600 Euro und bildete eine gute Grundlage für die Investitionen und den Schuldendienst. Die hohen Schwankungen liegen in den einmaligen Einnahmen von 252.200 Euro, die 2005 aus der Beteiligung an der Sparkasse Mühlviertel-West Bank AG eingingen, weil diese ihre Anteile an tschechische Banken veräußerte. Im Jahr 2006 trugen auch der stark gestiegene Verwaltungs- und Betriebsaufwand zur Ergebnisverschlechterung bei.
- Per Saldo errechnet sich für die Vermögensgebarung im Zeitraum 2005 bis 2007 ein negatives Ergebnis von 531.000 Euro. Die Kapitaltransferzahlungen, welche überwiegend das Vonwiller-Projekt betrafen, hatten einen Anteil von 2/3 der gesamten Vermögensausgaben. Die übrigen Vermögensausgaben entfielen auf die Investitionen der Marktgemeinde. Das Investitionsvolumen der Jahre 2005 bis 2007 von 1,02 Mio Euro wurde zu 15 % über den o. H. und zu 85 % über den ao. H. finanziert. Sie betrafen vor allem den Ankauf des Tanklösch- und Bauhoffahrzeuges, Straßenbaumaßnahmen und den Grundbeschaffung für das Bezirksaltenheim.

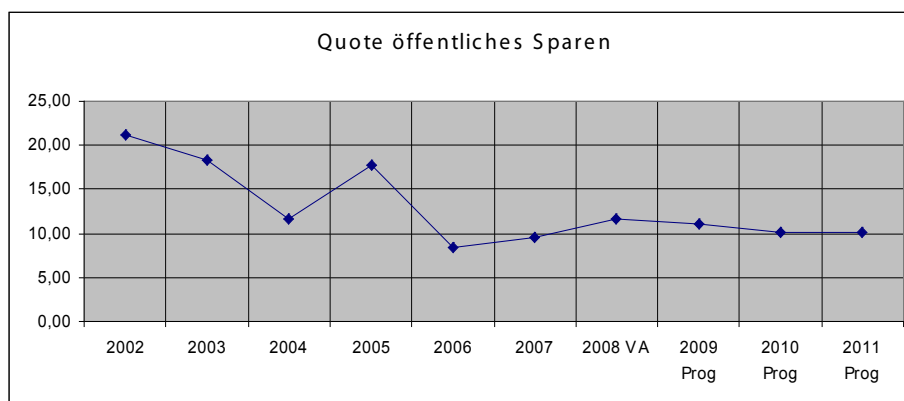
Die Einnahmen aus der Vermögensgebarung schwankten zwischen 753.000 und 964.000 Euro und setzen sich hauptsächlich aus den Landesförderungen für die ao. Vorhaben zusammen.

- Während der Finanzierungsbedarf der Vermögensgebarung (Saldo 2) in den Jahren 2005 und 2007 aus den Überschüssen der laufenden Gebarung bedeckt werden konnte, war dies im Jahr 2006 nicht möglich.
- Die Ausgaben und Einnahmen der Finanztransaktionen waren ausschließlich von den Darlehensaufnahmen und -tilgungen geprägt. Der Saldo 3 spiegelt den Schuldenabbau wider. 2005 bis 2007 erfolgte die Rückzahlung eines Zwischenfinanzierungsdarlehens von 350.000 Euro und 2006 die vorzeitige Tilgung eines Darlehens für die Hallenbadsanierung (70.000 Euro).
- Das Jahresergebnis (Saldo 4) war 2005 mit 433.400 Euro noch positiv. Im Jahr 2006 verschlechterte sich dieses Ergebnis einerseits aufgrund der geringeren laufenden Einnahmen und andererseits durch die gestiegenen Investitionen, Kapitaltransferzahlungen an die TuK und Darlehensrückzahlungen auf einen negativen Saldo von 427.400 Euro.

Laufende Gebarung

Öffentliches Sparen

- 18.1. Das öffentliche Sparen zeigt sich im Ergebnis der laufenden Gebarung, das in den letzten Jahren jeweils zwischen 270.600 und 548.400 Euro lag. Die daraus ableitbare öffentliche Sparquote¹ schwankte im Zeitraum 2002 bis 2006 zwischen 21,3 und 8,4 %. Nach den Prognosewerten MFP wird sie sich zwischen 10 und 12 % einpendeln.



¹ Die Quote öffentlichen Sparens wird berechnet: Öffentliches Sparen (KZ 91)/laufende Ausgaben (KZ 29-KZ 28)*100. Je höher die öffentliche Sparquote ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung von Ausgaben der Vermögensgebarung und der Rückzahlung von Schulden zur Verfügung.

18.2. Der LRH war der Ansicht, dass die Marktgemeinde bis 2005 über eine hohe Sparquote verfügte. Die ab 2006 auf unter 10 % gesunkene Quote war einnahmenseitig auf folgende signifikante Veränderungen zurückzuführen:

- Das eigene Steueraufkommen (KZ 10) blieb von 2005 bis 2007 bis auf geringe Schwankungen bei den Interessentenleistungen zwischen 494.000 und 518.000 Euro unverändert.
- Die Ertragsanteile stiegen in den letzten drei Jahren von 1,51 Mio. auf 1,67 Mio. Euro (KZ 11).
- Die Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit (KZ 14) der Jahre 2006 und 2007 sanken im Vergleich zum Vorjahr um 180.000 Euro. Die Ursache lag in der einmaligen hohen Gewinnausschüttung aus der Sparkassenbeteiligung.
- Die Einnahmen aus Veräußerungen und sonstige Einnahmen (KZ 18) stiegen in den letzten 3 Jahren um 132.000 Euro auf 410.000 Euro an. Die Erhöhung betraf die Vergütungen für die Bauhofleistungen.

Ausgabenseitig ist festzuhalten:

- Die Leistungen für das Personal (KZ 20) beliefen sich 2006 auf 633.000 Euro (ohne Pensionsbeiträge) und erhöhten sich bis 2007 auf 664.000 Euro, d.s. 19,8 % der laufenden Ausgaben des RQ (KZ 29) bzw. 17,5 % der ordentlichen Gesamtausgaben. Nach Meinung des LRH liegt der Personalkostenanteil aufgrund der kostenbewussten Personalbewirtschaftung und der Auslagerung des Kindergartens an die Caritas verglichen mit anderen Gemeinden ähnlicher Struktur im mittleren Bereich.
- Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand (KZ 24) ist in den letzten 3 Jahren von 916.000 auf 1,01 Mio. Euro angestiegen. Einen wesentlichen Anteil daran nahmen die Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ein.
- Die LTZ an Träger des öffentlichen Rechts (KZ 26) stiegen von 2005 bis 2007 um 197.000 Euro auf 1,32 Mio. Euro an. Während einzelne LTZ stagnierten, entstanden Mehrausgaben bei der SHV-Umlage (+43.000 Euro), dem Krankenanstaltenbeitrag (+58.000 Euro), dem Pensionsbeitrag für ausgeschiedene Bürgermeister (+64.000 Euro) und beim RHV (+25.000 Euro).

Freie Finanzspitze

- 19.1. Die aus dem öffentlichen Sparen ableitbare freie Finanzspitze ist eine Kennzahl für die finanzielle Leistungsfähigkeit des Gemeindehaushaltes. Sie betrug 2005 noch 278.000 Euro und sank 2006 auf – 163.000 Euro. 2007 stieg sie auf 138.000 Euro wieder an. Die negative Finanzspitze 2006 war durch die außerordentlichen Darlehenstilgungen von 270.000 Euro bedingt.
- 19.2. Der LRH beurteilte die freie Finanzspitze als gut. Laut MFP wird sie bis 2011 auf 228.000 Euro ansteigen. Mögliche negative Auswirkungen durch die Gebahrungssituation bei der TuK sind allerdings noch nicht berücksichtigt.

Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)

- 20.1. Die Einnahmen erhöhten sich von 2005 auf 2006 um 82.000 Euro auf 964.000 Euro und verminderten sich 2007 um 211.000 auf 753.000 Euro. Die Schwankungen bei den Einnahmen resultierten aus den gewährten Bedarfszuweisungen für ao. Vorhaben.

Die Ausgaben der Vermögensgebarung stiegen von 2005 bis 2006 um 312.000 Euro auf 1,27 Mio. Euro und verminderten sich 2007 um 369.000 Euro auf 902.000 Euro. Die reinen Investitionsausgaben (KZ 40-42) betrugen in den letzten Jahren 1,06 Mio. Euro. Für 2007 errechnete sich eine Investitionsquote² von 8 % der Gesamtausgaben, die etwa gleich hoch wie im Vorjahr war. Ausschlaggebend für diese niedrige Quote war die Ausgliederung des Vonwiller-Projektes. Einen wesentlichen Anteil an diesen Ausgaben der letzten 3 Jahre hatten mit rd. 66 % die Kapitaltransferzahlungen an die TuK und sonstige Vorhaben.

- 20.2. Der LRH stellte fest, dass aufgrund des MFP die Investitionsquote in den Folgejahren bis zu 30 % ansteigen wird.

Mittelfristige Finanzplanung 2008 - 2011

- 21.1. Die mittelfristige Finanzplanung (MFP) enthielt die Berechnung der Budgetspitze, die Entwicklung des Maastricht-Ergebnisses und den Investitionsplan. Sie wies in den Jahren 2008 - 2011 mit durchschnittlich 217.000 Euro jeweils positive Budgetspitzen aus. Der Investitionsplan umfasste ein Investitionsvolumen von zusammen 7,1 Mio. Euro, wovon auf die Schulsanierung, Errichtung des Bauhofes, Ausbau der ABA und das Vonwiller-Projekt 6,5 Mio. Euro entfielen.
- 21.2. Der LRH merkte an, dass in den Folgejahren noch ausreichende Budgetspitzen prognostiziert wurden. Um den MFP für politische Entscheidungsträger kundenorientierter zu gestalten, sollten die zugrunde liegenden Eckdaten, Annahmen und Ergebnisse sowie mögliche Szenarien erläutert werden.

Maastricht-Ergebnis

- 22.1. Im Österreichischen Stabilitätspakt verpflichteten sich alle Gemeinden, jeweils länderweise durch ein möglichst ausgeglichenes Maastricht-Ergebnis zur gesamtstaatlichen Konsolidierung beizutragen. 2007 war ein positives Ergebnis von 67.000 Euro ausgewiesen. Für die nächstfolgenden Jahre wurde ein annähernd ausgeglichenes Maastrichtergebnis prognostiziert.
- 22.2. Nach Ansicht des LRH hat die Marktgemeinde im mehrjährigen Durchschnitt die Anforderungen an die Budget- und Investitionspolitik erfüllt.

² Die Investitionsquote wurde berechnet: Bruttoinvestitionen (KZ 40-42) / Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung (KZ 84) x 100.

Verschuldung

- 23.1. Der Stand an Darlehen (Verschuldung im engeren Sinn) verminderte sich im Zeitraum 2005 bis 2007 um 546.000 Euro auf insgesamt 3,44 Mio. Euro. Dieser Schuldenstand resultierte zu 97 % aus Förderungsdarlehen für den Wasserleitungs- und Kanalbau. Die restlichen Schulden betrafen überwiegend die Fremdfinanzierung für Feuerwehrraum, Hallenbadsanierung und Wohnbau.
- Für die Verschuldung im weiteren Sinn sind auch „kredit- oder darlehensähnliche“ Verbindlichkeiten wie Leasingverpflichtungen, Annuitätenbeiträge an andere Rechtsträger und Kassenkredite maßgeblich.
- Im Nachweis der von der Marktgemeinde eingegangenen Haftungen war Ende 2007 ein Stand von 1,47 Mio. Euro für den RHV Mühlthal ausgewiesen.
- 23.2. Der LRH beurteilte die Verschuldung im engeren Sinn (Finanzschulden) als gering. Im Jahr 2006 betrug die Pro-Kopf Verschuldung 1.400 Euro und lag landesweit an 301. Stelle.
- 24.1. Der Schuldendienst 2007 belief sich auf 279.000 Euro, wofür Tilgungs- und Zinszuschüsse von 44.000 Euro eingingen. Somit ergab sich eine Nettobelastung von 235.000 Euro. In den letzten drei Jahren verminderte sich der Nettoschuldendienst um 26.000 Euro.
- 24.2. Der LRH wies darauf hin, dass der Nettoschuldendienst durch die Einnahmen aus dem Gebührenhaushalt bedeckt werden konnte.

Beteiligungen

- 25.1. Laut Nachweis zum RA 2007 hält die Marktgemeinde einen Stand an Beteiligungen von 4,43 Mio. Euro, wovon auf die Sparkasse Mühlviertel West 4,36 Mio. Euro und auf das Techno-Zentrum 73.000 Euro entfielen.
- 25.2. Der LRH stellte fest, dass die alleinige Beteiligung an der TuK GmbH im RA nicht hervorging. Diese Beteiligung ist im Nachweis auszuweisen.
- 25.3. *Die Marktgemeinde wird die Beteiligung an der TuK im Rechnungsabschluss 2008 aufnehmen.*

Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Auswirkungen auf den Haushalt

- 26.1. Die in der Anlage 3 zusammengefassten defizitären Einrichtungen verursachten 2007 Betriebsabgänge von 194.500 Euro. Die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung sowie die Verpachtung und Vermietung von Gemeindevermögen erwirtschafteten hingegen Betriebsüberschüsse von 117.900 Euro. Die Belastung des Gesamthaushaltes belief sich somit auf 76.600 Euro und entsprach annähernd dem Ergebnis des Vorjahres.

- 26.2. Der LRH empfahl, die Gebühren und Entgelte soweit wie möglich kostendeckend zu kalkulieren und einzuheben. Er stellte fest, dass die Erhöhung der Betriebsabgänge mitunter durch die zu hohen Erstattungssätze für die Bauhofleistungen begründet waren.

Schülerausspeisung

- 27.1. Der Abgang der Schülerausspeisung schwanke in den Jahren 2005 bis 2007 zwischen 5.360 und 1.500 Euro. Die Ausgaben für Lebensmittel und Reinigungsbedarf sowie die Einnahmen für abgegebene Essensportionen wurden über eine Nebenkasse abgewickelt. Einnahmenüberhänge flossen in den Gemeindehaushalt ein. Die Höhe der Essensbeiträge legte der Bürgermeister fest.
- 27.2. Der LRH wies darauf hin, dass diese freiwillige Einrichtung grundsätzlich kostendeckend zu führen ist und empfahl, die Essensbeiträge für Schüler und Lehrer vom Gemeinderat zu erhöhen.

Kindergarten

- 28.1. Der 4-gruppige Kindergarten Haslach wird von der Caritas betrieben. Die Marktgemeinde verpflichtete sich vertraglich, die Abgänge zu ersetzen. Die periodenbereinigten Betriebsergebnisse zeigten 2004 und 2005 jeweils einen Abgang von etwa 47.000 Euro, 2006 von 64.000 Euro. Die Zuschussleistung je Kind erhöhte sich im Betrachtungszeitraum von 820 Euro auf 1.100 Euro pro Jahr. Dies war einerseits auf eine geringere Kinderanzahl zu Beginn des Kindergartenjahres 2005/2006 und andererseits auf die ab Herbst 2006 notwendige Stützkraft für 3 Integrationskinder zurückzuführen.
- 28.2. Der LRH stellte positiv fest, dass der Zuschussbedarf im Vergleich zu anderen Gemeinden relativ niedrig ist. Aufgrund der an das Oö. Kinderbetreuungsgesetz 2007 angepassten Tarifordnung wird sich die Belastung der Gemeinde weiter reduzieren.
- 29.1. Der Abgang beim Kindertransport sank von 12.700 im Jahr 2004 auf 5.800 Euro im Jahr 2007. Dies resultierte aus dem ab 2005 eingehobenen Kostenersatz für die Begleitperson und aus den gesunkenen Transportkosten.
- 29.2. Der LRH stellte fest, dass der Deckungsgrad beim Transport von 52 % auf 74 % gestiegen ist.

Hallenbad

- 30.1. Das seit 1971 bestehende Bezirkshallenbad wird im Rahmen des Schulunterrichtes auch von Nachbargemeinden genutzt. Der Status „Bezirkshallenbad“ wurde laut Angabe des Bürgermeisters durch Beschluss der Bürgermeisterkonferenz anerkannt. Nach einer Generalsanierung im Jahr 1988 und einer weiteren Sanierung im Jahr 2003 befindet sich das Hallenbad grundsätzlich in einem guten Zustand. Die Haustechnik ist laut Angabe der Marktgemeinde veraltet, reparaturanfällig und nicht energieeffizient.
- Der Betrieb des Hallenbades einschließlich Sauna und Buffet sowie Betriebswohnung sind verpachtet. Laut Pachtvertrag vom Herbst 2002 verpflichtete sich die Marktgemeinde, die Betriebskosten zu 88 % und die Kosten für Bewerbung zu 50 % zu übernehmen. An den Eintrittsgeldern ist sie im Ausmaß von 33 % beteiligt.

Der Hallenbadbetrieb verursachte 2005 und 2006 einen Fehlbetrag von 43.000 Euro bzw. 35.000 Euro. Obwohl 2006 erstmalig ein Annuitätendienst von 14.000 Euro anfielen, verbesserte sich das Betriebsergebnis aufgrund gestiegener Besucherfrequenz und geringerer Energiekosten. Eine vorzeitige Darlehenstilgung von 70.000 Euro erfolgte 2006 und bewirkte in den Folgejahren die Halbierung des Annuitätendienstes. Dennoch stieg 2007 der Betriebsabgang auf 50.000 Euro an, weil höhere Ausgaben für Gas und öffentliche Abgaben anfielen und Mindereinnahmen aus Eintrittsgeldern zu verzeichnen waren.

Die Badetarife wurden letztmalig im Herbst 2005 erhöht. Die Anzahl der Gäste war seit 2005 im Vergleich zu den Vorjahren rückläufig.

- 30.2. Nach Meinung des LRH sollte die Marktgemeinde gemeinsam mit dem Pächter weitere Anreize zur Senkung des Betriebsabganges überlegen und die Kostentragung möglichst einfach gestalten.
- 30.3. *Die Marktgemeinde wird über weitere Anreize zur Senkung des Betriebsabganges nachdenken. Sie hält jedoch auch fest, dass das Hallenbad für den Schwimmunterricht im gesamten Bezirk genutzt wird und deshalb eine gemeinsame Kostentragung notwendig ist.*

Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

- 31.1. Der Betrieb der WVA erwirtschaftete 2006 und 2007 einen Überschuss von 21.000 Euro bzw. 23.000 Euro. Die festgesetzte Wasserbezugsgebühr entsprach jeweils den empfohlenen Mindestgebühren des Landes. Die kostendeckende Wasserbezugsgebühr wurde mit einem Kubikmeterpreis von 1,58 Euro (2006) bzw. 1,76 Euro (2007) errechnet.

Aus dem Betrieb der Abwasserbeseitigung einschließlich den Kostenbeiträgen an den RHV Mühlthal konnte 2006 ein Überschuss von 22.000 Euro und 2007 von 50.000 Euro erzielt werden.

- 31.2. Der LRH stellte fest, dass die Marktgemeinde bemüht war, bei der WVA und ABA die Gebühren pro Jahr den empfohlenen Mindestsätzen des Landes anzugleichen, wobei allerdings nur bei ABA in den Jahren 2005 und 2007 die einfache Kostendeckung erreicht wurde. Da in den letzten Jahren die Interessentenbeiträge im o. H. verblieben, regte der LRH in Hinblick auf künftige Neubau- und Erweiterungsmaßnahmen an, diese Mittel in einer Rücklage zu reservieren.

Bauhof

- 32.1. Der Bauhof ist als betriebsähnliche Einrichtung Teil der Gemeindeverwaltung. Die Führung obliegt dem Bauhofleiter, der dem Bürgermeister und dem Amtsleiter unterstellt ist.

Im Bauhof waren in den letzten beiden Jahren 6 Bediensteten (5,5 PE) bzw. 5 Bedienstete (4,5) beschäftigt. Diese verrichteten großteils Kernaufgaben und wenige freiwillige Leistungen für Vereine und der Wirtschaft.

Die EDV-Anlage im Bauhof diene dem Bauhofleiter zur operativen Geschäftsabwicklung. Die Stundenaufzeichnungen und sonstigen Aufzeichnungen wurden bisher händisch geführt und von der Bau- und Finanzverwaltung weiter verarbeitet.

- 32.2. Der LRH stellte fest, dass der Personalstand im Vergleich zu den Nachbargemeinden angemessen war. Er sah im flächendeckenden Ausbau einer automatisierten Geschäftsabwicklung des Bauhofes im neuerrichteten Bauhofgebäude ein mögliches Einsparungs- und Verbesserungspotential.
- 33.1. Der Bauhof wies in den Rechnungsabschlüssen 2005 und 2006 Einnahmen von 209.500 Euro bzw. 301.900 Euro aus. Die Ausgaben beliefen sich in diesem Zeitraum auf 206.100 Euro bzw. auf 234.700 Euro, sodass sich ein Überschuss von 3.400 Euro bzw. 67.200 Euro ergab. Dieser verminderte sich 2007 auf 49.900 Euro. Die Überschüsse im Bauhof sind auf zu hoch bemessene Stundensätze für die Bauhofarbeiter sowie auf die doppelte Verrechnung der Leistungserbringung für die TuK (im Rahmen von Vergütungsverrechnung und im Rahmen von Einnahmen an Leistungsentgelten) zurückzuführen.
- 33.2. Der LRH stellte fest, dass der derzeitige Bewertungs- und Abrechnungsmodus der Bauhofleistungen nicht mehr zeitgemäß ist und zwangsläufig zu einem unrichtigen Kostenbild bei den Leistungsempfängenden Einrichtungen führt. Dementsprechend empfahl der LRH, im Rahmen eines eigenen Projektes eine Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen. Dazu ist es notwendig, alle Leistungen des Bauhofes in einem Produktkatalog zu definieren.

Außerordentliche Vorhaben

Überblick

- 34.1. Im Zeitraum 2003 bis 2006 fielen im ao. Haushalt Ausgaben von 6,13 Mio. Euro an. Die Einnahmen von 5,19 Mio. Euro wurden zu 69 % aus Zuschussmitteln, zu 27 % aus Eigenmitteln und zu 4 % aus Fremdmitteln aufgebracht. Die hohen Zuschüsse betrafen vor allem die Weitergabe der Bedarfszuweisungsmittel an die TuK.
- 34.2. Der LRH stellte positiv fest, dass bestehende Vorhaben ausfinanziert und neue Vorhaben den finanziellen Möglichkeiten angepasst wurden. Allerdings sind in den Folgejahren eine Reihe von Investitionen geplant, deren Finanzierung sowie die Bestreitung der daraus resultierenden Folgekosten den finanziellen Spielraum im ordentlichen Haushalt zur Gänze in Anspruch nehmen werden.

Tourismus- und Kulturzentrum Haslach

Bauabwicklung

- 35.1. Die Marktgemeinde errichtete auf den ehemaligen Fabriks-Liegenschaften ein Tourismus- und Kulturzentrum. Aus steuerrechtlichen Gründen wurde auf Vorschlag

des Amtes der Oö. Landesregierung das angekaufte Vonwiller-Areal bis auf ein Gebäude ausgegliedert und Ende 2001 die Tourismus- und Kulturzentrum Haslach BetriebsGmbH gegründet.

Das Vorhaben wurde in zwei Bauabschnitten geplant, wobei der 1. BA (Vonwiller-Projekt) mit rd. 5,359 Mio. Euro Ende 2006 abgeschlossen wurde. Der 2. BA (Obermüller-Projekt) mit geplanten rd. 5,192 Mio. Euro wurde Mitte 2007 begonnen.

1. Bauabschnitt (Vonwiller)

Die Liegenschaft wurde mit Kaufvertrag vom 15.11.1999 um 218.000 Euro erworben. Der GR fasste am 18.05.2000 den Grundsatzbeschluss über die Gesamtnutzung des ehemaligen Betriebsareals der Firma Vonwiller im Ausmaß von 12.900 m². Der 1. BA umfasste die Errichtung der Musikschule, der musealen Erlebniswelt, der Veranstaltungssäle, des Gastronomiebereiches und die Außengestaltung.

2. Bauabschnitt (Obermüller)

Dieser Bauabschnitt umfasst die Sanierung und Ausbau von Räumlichkeiten für die Unterbringung der ALOM Manufaktur Haslach³ und des Webereimuseums.

Für die Durchführung dieses Projektes wurde von der TuK bereits 2006 die ehemalige Buntweberei der Firma Obermüller im Anschluss an die Vonwiller-Liegenschaft um 230.000 Euro angekauft und einschließlich der Nebenkosten durch Landesmittel (BZ-209.000) und Eigenmittel der Marktgemeinde (39.000 Euro) finanziert.

- 36.1. Während der 1. BA über einen Generalunternehmer abgewickelt wurde, erfolgte die Planung und Bauleitung für den 2. Bauabschnitt ausschließlich durch das ortsansässige Architekturbüro. Die baubegleitende Kontrolle wird von der Abteilung Gebäude- und Beschaffungs-Management des Landes OÖ (GBM) wahrgenommen.
- 36.2. Der LRH empfahl der Marktgemeinde, künftighin die Architektenleistungen und Honorare nach den zwischen der Ingenieur- und Architektenkammer und dem Land OÖ verhandelten Musterverträgen zu regeln.

Kosten und Finanzierung

1. Bauabschnitt

- 37.1. Die aufsichtsbehördliche Genehmigung des Finanzierungsplanes wurde 2001 über 5,454 Mio. Euro erteilt und 2007 auf 5,663 Mio. Euro erhöht. Die Kostenerhöhung um 210.000 Euro war durch Mehrausgaben für die Musikschule von 85.000 Euro sowie Indexsteigerungen und Bauzinsen begründet. In diesem Finanzierungsrahmen sind auch die Kosten für den Ausbau des Technologiezentrums von 730.100 Euro enthalten, den die Technologie und Marketing Gesellschaft (TMG) abwickelte und finanzierte. Für den Ausbau des Gastronomiebereiches im TuK erging 2004 eine eigene Finanzierungsdarstellung von 752.000 Euro, sodass sich für sämtliche Maßnahmen des BA 01 ein finanzieller Rahmen von 6,415 Mio. Euro ergab.

Laut Endabrechnung der GBM – Bautechnik-Sonderbauten vom 11.12.2006 setzen sich die Gesamtkosten für den 1. Bauabschnitt wie folgt zusammen:

³ Die ALOM ist ein Sozialnetzwerk mit dem Hauptsitz in Sarleinsbach. Die ALOM-Manufaktur war seit Jahren im ehemaligen Fabriksgebäude der Firma Obermüller untergebracht.

Einrichtungen	umbauter Raum in m²	Schätzkosten	abgerechnete Kosten exkl. USt
Musikschule	4.046	1.252.000	1.252.000
Erlebniswelt-textile Entwicklung	1.780	356.000	356.000
Erlebniswelt mech. Entwicklung	3.644	814.000	813.000
Mehrzwecksaal	2.821	852.000	852.000
Jugendclub	761	134.000	132.000
Gastrobereich	2.045		256.000
Kultur- und Seminarräume	4.412	1.105.000	724.000
Außenbereiche		211.000	211.000
Zwischensumme	19.509	4.724.000	4.596.000
zusätzliche Ausstattung		82.000	108.000
Gastrobereich-Zusatz		296.000	296.000
Zufahrt und Parkplatz		130.000	130.000
Bauzinsen			229.000
Zwischensumme Kulturzentrum		5.232.000	5.359.000
TDZ	3.056	730.000	730.000
Gesamtkosten ohne USt	22.565	5.962.000	6.089.000

Ohne die Kosten für den Ausbau des TDZ (730.000 Euro) und ohne die Bauzinsen (229.000 Euro) betragen die Gesamtherstellungskosten für den 1. BA rd. 5,130 Mio. Euro. Darin sind rd. 552.300 für die Gastronomie enthalten, nicht jedoch die Kosten für die Einrichtung von 200.000 Euro, die vom Pächter durch Landes- und Eigenmittel finanziert wurden. Inklusive den Einrichtungskosten für die Gastronomie betragen daher die **Gesamtherstellungskosten für den 1. BA rd. 5,330 Mio. Euro**.

38.1. Die bisherigen Einnahmen des BA 01 von 5,209 Mio. Euro stellen sich wie folgt dar:

Finanzierungsmittel	Gastronomie	TuK	Gesamt
Bedarfszuweisungen	130.000	2.053.000	2.183.000
Landesbeiträge	60.000	1.187.000	1.247.000
Bundesbeiträge		15.000	15.000
EU-Mittel	60.000	567.000	627.000
Fusionserlöse		218.000	218.000
Anteilsbeträge oH	84.000	675.000	759.000
Eigenleistung: Gastro-Pächter	160.000		160.000
Gesamt	494.000	4.715.000	5.209.000

Da die Marktgemeinde noch Landesbeiträge von 85.500 Euro erwartet, stehen Finanzierungsmittel von insgesamt 5,295 Mio. Euro zur Verfügung. Sie stammen zu rd. 79 % aus Förderungsmitteln (Land, Bund, EU), zu 18 % aus Eigenmitteln und zu rd. 3 % aus sonstigen Mitteln.

Die Zwischenfinanzierungszinsen (Bauzinsen) von 229.100 Euro werden durch Landesmittel von 129.000 Euro (Gem u. Kultur) und Eigenmittel abgedeckt.

- 38.2. Aufgrund der von der Marktgemeinde vorgelegten Aufzeichnungen über die Förderungsmittel (Land, Bund, EU) und der übrigen Finanzierungsmittel konnte vom LRH eine widmungsgemäße Verwendung dieser Mittel festgestellt werden.

2. Bauabschnitt

- 39.1. Laut Kostenschätzung vom 1.11.2005 der baubegleitenden Kontrolle setzen sich die Maßnahmen wie folgt zusammen:

Maßnahmen	geschätzten Kosten
Einrichtung Musikinstrumentenmuseum	1.224.000
Einrichtung textile Kultur und Webereimuseum	564.000
Zwischensumme Einrichtung	1.788.000
Ankauf Obermüller	230.000
Baumaßnahmen textiles Kultur- und Webereimuseum	659.000
Manufaktur	2.515.000
Zwischensumme	3.404.000
Gesamtkosten ohne bzw. mit MwSt	5.192.000

Die Finanzierungspläne der Aufsichtsbehörde sehen einen finanziellen Rahmen von 5,102 Mio. Euro vor, wovon auf das Kultur – u. Museumsprojekt (Vonwiller II) 2,447 Mio. Euro und auf die ALOM-Manufaktur Haslach 2,655 Mio. Euro entfallen.

Zur Bedeckung der Ausgaben für das Kultur- und Museumsprojekt sind neben den Landesbeiträgen (Gewerbe und Kultur) von zusammen 1,049 Mio. Euro und Bedarfszuweisungen von 913.500 Euro Eigenleistungen des Vereines „Kultur in der Fabrik“ von 244.300 Euro und eine Darlehensaufnahme des Vereines von 240.000 Euro vorgesehen. Laut Auskunft der baubegleitenden Kontrolle werden die Eigenleistungen nach Fertigstellung des Vorhabens vom Verein in Form von Sachleistungen eingebracht.

Zur Finanzierung der Herstellungskosten für das Projekt ALOM Manufaktur sind Landesbeiträge (Kultur, Soziales, Finanz und Agrar) von zusammen 2,125 Mio. Euro und Bedarfszuweisungen von 530.000 Euro vorgesehen.

Laut Angabe der Marktgemeinde beabsichtigt das Land OÖ, die Finanzierungsmittel beider Projekte abzuändern, indem die Landesbeiträge aus dem Kulturressort (KuF) über 708.000 Euro und aus dem Sozialressort (ALOM) über 720.000 Euro in Mietvorauszahlungen umgewandelt werden. Dadurch werden sich die Mieteinnahmen für die TuK um ca. 1 Euro pro m² reduzieren.

- 39.2. Der LRH stellte hiezu fest, dass die Umwandlung der Landesbeiträge in Mietvorauszahlungen geringere Mieteinnahmen für die TuK zur Folge hat und sich dadurch negativ auf die Erfolgsrechnung der gemeindeeigenen Gesellschaft auswirkt. Falls die Mietvorauszahlung nicht in voller Höhe zur Finanzierung des Vorhabens bereitgestellt wird, ist auch dessen Ausfinanzierung gefährdet.

Tourismus- und Kulturzentrum Haslach BetriebsGmbH

- 40.1. Die TuK wurde Ende 2001 mit einem Stammkapital von 35.000 Euro gegründet. Die Marktgemeinde ist alleiniger Gesellschafter.

Die Geschäftsführung wurde bis Februar 2006 von zwei Mitarbeitern einer Immobiliengesellschaft wahrgenommen. Ab August 2006 fand ein Wechsel in der Geschäftsführung statt.

Die Finanzdaten der TuK stellen sich laut Bilanz sowie laut Gewinn- und Verlustrechnung für 2004 bis 2006 wie folgt dar:

Jahresabschluss	2004	2005	2006
Bilanz			
Aktiva			
Anlagevermögen	5.035.000	4.737.000	4.850.000
Umlaufvermögen	93.000	28.000	51.000
Bilanzsumme	5.128.000	4.765.000	4.901.000
Passiva			
Eigenkapital	-93.000	172.000	295.000
Investitionszuschüsse	2.604.000	3.442.000	3.827.000
Rücklagen+Verbindlichkeiten	2.617.000	1.151.000	779.000
Bilanzsumme	5.128.000	4.765.000	4.901.000
Gewinn- und Verlustrechnung			
Umsatzerlöse	72.000	83.000	105.000
Aufwendungen	-118.000	-89.000	-120.000
Auflösung Investitionszuschüsse	88.000	114.000	118.000
Abschreibungen	-150.000	-162.000	-161.000
Betriebsergebnis	-108.000	-54.000	-58.000
Finanzergebnis	-82.000	-56.000	-23.000
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)	-190.000	-110.000	-81.000

- 40.2. Der LRH stellte fest, dass sich das negative Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) durch die Betriebs- und Finanzergebnisse der letzten Jahre um 109.000 Euro verbesserte. Laut Auskunft der Geschäftsführung wird für das Jahr 2008 erstmalig ein positives Jahresergebnis erwartet.
- 41.1. Aufgrund der buchmäßigen Überschuldung der TuK BetriebsGmbH wurde vom Gemeinderat im Jahr 2005 eine Patronatserklärung bis zur Feststellung des Jahresergebnisses zum 31.12.2007 beschlossen. Dadurch verpflichtete sich die Marktgemeinde, bei Eintritt einer Zahlungsstockung in der Höhe der fälligen Verbindlichkeiten die BetriebsGmbH mit Kapital auszustatten.
Im Interesse einer ordnungsgemäßen Gebarungsabwicklung der TuK GmbH legte die Marktgemeinde eine Reihe von Kontrollmaßnahmen fest. So erhält sie über jede Kontobewegung am Firmenkonto eine Kopie des Kontoauszuges. Des Weiteren beschloss der Aufsichtsrat der TuK, dass die Geschäftsführung genaue Nachweise über sämtliche Zahlungen an die Werbeagentur (Geschäftsführung, Marketing, Grafik und Buchhaltung) zu erbringen hat.
- 41.2. Der LRH empfahl der Marktgemeinde, von der TuK eine Finanzplanung mit Folgekostenberechnungen einzufordern, damit sie einen erforderlichen Zuschussbedarf für die nächsten Jahre in ihre Haushaltsplanung einfließen lassen kann.

Kaufmännische und haustechnische Abwicklung

- 42.1. Die kaufmännische und haustechnische Betreuung der Liegenschaft wurde 2002 von der TuK BetriebsGmbH mittels Verwaltungsvertrag an eine Immobiliengesellschaft gegeben. Aus Kosten- und organisatorischen Gründen wurden die Buchhaltungsagenden seit 1.7.2007 von der Werbeagentur der Geschäftsführerin durchgeführt. Mit Beginn 2008 wurden die Leistungen der Immobiliengesellschaft auf die kaufmännischen Verwaltungsaufgaben eingeschränkt. Die haustechnische Betreuung wird von der TuK übernommen.
- 42.2. Der LRH empfahl, die Neuregelung der Durchführung der Buchhaltung und der haustechnischen Betreuung schriftlich zu regeln. Des Weiteren wäre zu prüfen, inwieweit die kaufmännische Verwaltung der Mietverhältnisse der TuK von der Marktgemeinde ohne Personalaufstockung übernommen werden könnte.

Mietverhältnisse

- 43.1. Von der Marktgemeinde und der TuK BetriebsGmbH wurden im Tourismus- und Kulturzentrum zahlreiche Mietverhältnisse abgeschlossen. Eine genaue Aufstellung hierüber ist der Anlage 4 zum Gutachten zu entnehmen.
- 43.2. Der LRH stellte fest, dass die derzeit geltenden Mietverhältnisse im TuK auf entsprechenden vertraglichen Grundlagen basieren. Allerdings sind die vereinbarten Mietzinse äußerst niedrig. Die Marktgemeinde sollte der TuK empfehlen, sämtliche Mietverhältnisse hinsichtlich marktkonformer Mietentgelte zu prüfen.
- 44.1. Die Marktgemeinde hat bisher im Rahmen der Betriebskostenabrechnung für das „Vonnwiler Areal“ der TuK keine Grundsteuer B vorgeschrieben. Des Weiteren wurden im Zuge der Aus- und Umbaumaßnahmen für das Technologie- und Dienstleistungszentrum (TDZ) keine ergänzenden Anschlussgebühren für Wasser und Kanal eingehoben.

- 44.2. Der LRH stellte positiv fest, dass die verabsäumten Gebührenvorschriften an die TuK von zusammen 30.500 Euro bereits zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung von der Marktgemeinde nachgeholt wurden.

Kultur in der Fabrik (KuF)

- 45.1. Zur Betreuung des Museums („Mechanische Klangfabrik“ und „Textile Museums-welt“) gründete die Marktgemeinde Haslach 2003 den **Verein „Kultur in der Fabrik“ (KuF)**. Die Initiative zur Vereinsgründung ging vom Land OÖ aus. Der Vereinszweck ist die Schaffung einer Museums-Erlebniswelt im Vonwiller-Areal und im Gebäude der Textilmanufaktur, die Vernetzung aller musealen Einrichtungen in Haslach, die Planung von Veranstaltungen und das Setzen von Marketingmaßnahmen zur Belebung der Haslacher Museumswelt.

Bei Vereinsgründung wurde von den Gründungsmitgliedern die Bedingung gestellt, dass die Marktgemeinde verschiedene Leistungen, wie zB Buchhaltung, diversen Schriftverkehr und Personalverrechnung übernimmt.

- 45.2. Der LRH stellte fest, dass die von einer Halbtagskraft und einer weiteren Bediensteten der Gemeinde erbrachten Leistungen bisher nicht erfasst und dem Verein nicht verrechnet wurden.
- 45.3. *Die Marktgemeinde hat diese Empfehlung inzwischen bereits umgesetzt.*

Einrichtung für die „Mechanische Klangfabrik“

- 46.1. Für die Mechanische Klangfabrik wurden von einem örtlichen Museumsbetreiber eine Vielzahl von Musikinstrumenten angekauft. Die Auswahl und die Bewertung dieser Gegenstände nahm der Obmann des Vereins vor, wobei teilweise fachkundige Personen beigezogen wurden.

Laut der vom Obmann des Vereins übergebenen Liste über die Anschaffung der Musikinstrumente handelte es sich um insgesamt 180 Exponate, wovon ca. 40 als reparaturbedürftig in einem Lagerraum aufbewahrt werden. Über die dem Verein angebotenen Musikinstrumente wurde vom Verkäufer eine Auflistung über einen Gesamtwert von rd. 914.000 Euro erstellt, worauf das vom Obmann des Vereines vorgeschlagene Gegenangebot von 50 % des Angebotpreises letztendlich ein Kaufpreis von 509.000 Euro (56 %) fixiert wurde und zum Abschluss gelangte.

Dieses Rechtsgeschäft basiert auf einer Verpflichtungserklärung vom 9.5.2001. Der diesbezügliche Kaufvertrag liegt im Entwurf vor und sieht Ratenzahlungen im Zeitraum 2006 bis 2010 vor. Die Verpflichtungserklärung enthält eine sogenannte „Schutzklausel Vereinsstatut“, wonach bei Auflösung des Vereins die Instrumente in das Eigentum der Gemeinde oder des Landes übergehen. Entgegen dieser Vereinbarung ist allerdings in den Vereinssatzungen (§ 13) geregelt, dass bei Auflösung des Vereins oder Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszwecks das verbleibende Vereinsvermögen an die Caritas OÖ, Linz übergeht.

- 46.2. Der LRH konnte die Preisangemessenheit für den Ankauf der Musikinstrumente nicht nachvollziehen, da nur in Einzelfällen Schätzgutachten von fachkundigen Personen vorlagen. Er bemängelte, dass bereits erste Kaufpreiszahlungen erfolgten, obwohl noch immer kein rechtsgültiger Kaufvertrag abgeschlossen wurde. Der LRH empfahl, die Kaufvereinbarung umgehend abzuschließen.

Veranstaltungssäle

- 47.1. Das Tourismus- und Kulturzentrum verfügt über zwei Veranstaltungssäle (554 m² und 188 m²), die von der TuK BetriebsGmbH selbst verwaltet werden.

Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum Linz (BBRZ)

- 48.1. Dem BBRZ wurde auf einem Teil des ehemaligen Fabriksareals Vonwiller (1. Bauabschnitt) ein Baurecht zur Sanierung eines bestehenden Gebäudes eingeräumt. Dem Baurechtsvertrag vom Mai 2000 wurde auf die Dauer von 99 Jahren ein Entgelt von 1 Euro pro Jahr zugrunde gelegt. Mit dem Zustandekommen dieses Baurechtsverhältnisses wurde der Grundstein für die Inangriffnahme des Gesamtprojektes gelegt.
- Das Gebäude (Ausbau von zwei Stockwerken) wurde vom BBRZ auf eigene Kosten saniert und unterliegt somit hinsichtlich der baulichen Abwicklung und verwaltungsmäßigen Betreuung nicht der TuK. Die beiden oberen Stockwerke dieses Gebäudes wurden bisher nicht saniert bzw. genutzt.
- 48.2. Der LRH war der Meinung, dass die leerstehenden Räumlichkeiten (2 Stockwerke zu je 270 m²) nach deren Sanierung wirtschaftlich genutzt werden sollen. In diesem Zusammenhang wäre auf die Bestimmungen des Baurechtsvertrages Pkt XIII. Abs 6 hinzuweisen, wonach ohnedies für nicht ausgebaute Ebenen des Gebäudekomplexes ab dem 5. Jahr nach Beginn des Baurechtes eine andere Nutzungsmöglichkeit festzulegen ist.

Grundbeschaffung für Bezirksaltenheim

- 49.1. Der GR beschloss am 27.09.2007 zur Errichtung eines Altenheimes durch den SHV Rohrbach die erforderlichen Grundstücke von mehreren Grundbesitzern im Ausmaß von insgesamt 8.300 m² über 240.800 Euro anzukaufen und die Kaufverträge abzuschließen. Diese Grundstücke wurden jedoch nicht von der Gemeinde, sondern vom SHV Rohrbach angekauft. Dabei wurde in der Vorstandssitzung des SHV vom 27.06.2007 festgelegt, dass von der Gemeinde Haslach die Grundkosten und alle Nebenkosten bezahlt werden.
- Für die Zahlung des Kaufpreises erhielt die Marktgemeinde die aufsichtsbehördliche Finanzierungsgenehmigung über 350.000 Euro. Neben den vereinbarten Grundkäufen von zusammen 240.000 Euro sind noch Nebenkosten und Grundablösekosten für Aufschließung (Zufahrtsstraße) zu bezahlen. Diese zusätzlichen Leistungen konnten von der Marktgemeinde noch nicht abgeschätzt werden.

- 49.2. Der LRH stellte fest, dass die Grundstücke zur Errichtung des Bezirksaltenheimes vom SHV Rohrbach angekauft und von der Gemeinde bezahlt wurden. Die Beschaffung bzw. die Bezahlung des Grundpreises durch die Gemeinde war nach Ansicht des LRH eine freiwillige Leistung der Marktgemeinde für die Standortentscheidung des SHV-Rohrbach.

Sonstige Feststellungen

Förderungen und andere freiwillige Leistungen

- 50.1. Die Förderungen für die Wirtschaft, für den Wohnbau und die Althausanierung sowie für Energieanlagenbau basierten auf Richtlinien. Für die Förderung der Kultur, des Sport und des Sozialbereiches gab es Beschlüsse der Kollegialorgane. Für Förderungen wurden meist keine Ziele definiert und keine Wirkungen gemessen.
- 2005 betrugen die gesamten Förderausgaben und andere freiwillige Leistungen (ohne Sachzwang) 93.100 Euro und verminderten sich 2006 auf 78.000 Euro. Im Folgejahr sanken diese auf 72.500 Euro. Verursacht wurden die Förderungsausgaben primär durch die Wirtschafts- und Energieanlagenförderungen. In Relation zu den laufenden Ausgaben (KZ 29) nahmen die monetären Förderungen 2005 bis 2007 einen Anteil von 3 %, 2,3 % bzw. 2,1 % ein.
- Weiters ist zu berücksichtigen, dass Dienstleistungen an Vereine, die nicht in Rechnung gestellt werden, eine Naturalsubvention darstellen.
- 50.2. Der LRH stellte fest, dass die monetären Förderausgaben der Marktgemeinde zwar im mittleren Landesdurchschnitt lagen, jedoch von 2005 bis 2007 mit 35,6 Euro, 29,8 Euro bzw. 27,7 Euro pro Einwohner nicht den empfohlenen Richtsatz des Landes entsprachen. Positiv ist hervorzuheben, dass der Gemeinderat aufgrund der vorherrschenden Budgetsituation 2007 die kostenintensiven Förderungen um 10 % kürzte. Da der LRH die Höhe der Förderungen als großzügig ansah, wären vor allem Doppelförderungen im Wohnbau und bei Energieanlagen weiterhin kritisch zu hinterfragen.
- Um das Förderbudget besser planen, steuern und kontrollieren zu können, empfahl der LRH grundsätzlich für alle Fördermaßnahmen Ziele zu definieren und in Zukunft verstärkt zu evaluieren. Für die Fördermaßnahmen im Kultur-, Sport- und Sozialbereich empfahl er entsprechende Richtlinien zu erarbeiten.
- Nach Meinung des LRH sollten alle Leistungen an Vereine in Zukunft genauer erfasst und in den Büchern als indirekte Subvention transparent gemacht werden.

Ungekürzte Verrechnung von Einnahmen und Ausgaben

- 51.1. Die Einnahmen und Ausgaben wurden im o. Haushalt fallweise nicht nach dem Brutto-Prinzip dargestellt. So zeigten sich insbesondere bei der Schülerausspeisung und bei der Vermietung des Zierlingerhauses keine transparente Gebärungsdarstellungen.

- 51.2. Der LRH verwies darauf, das in den Haushaltsvorschriften geforderte Brutto-Prinzip einzuhalten. Demnach dürfen Einnahmen als auch Ausgaben nicht gekürzt dargestellt werden.

4 Anlagen

1 Beilage

Linz, am 19. Mai 2008

Dr. Helmut Brückner
Direktor des Oö. Landesrechnungshofes

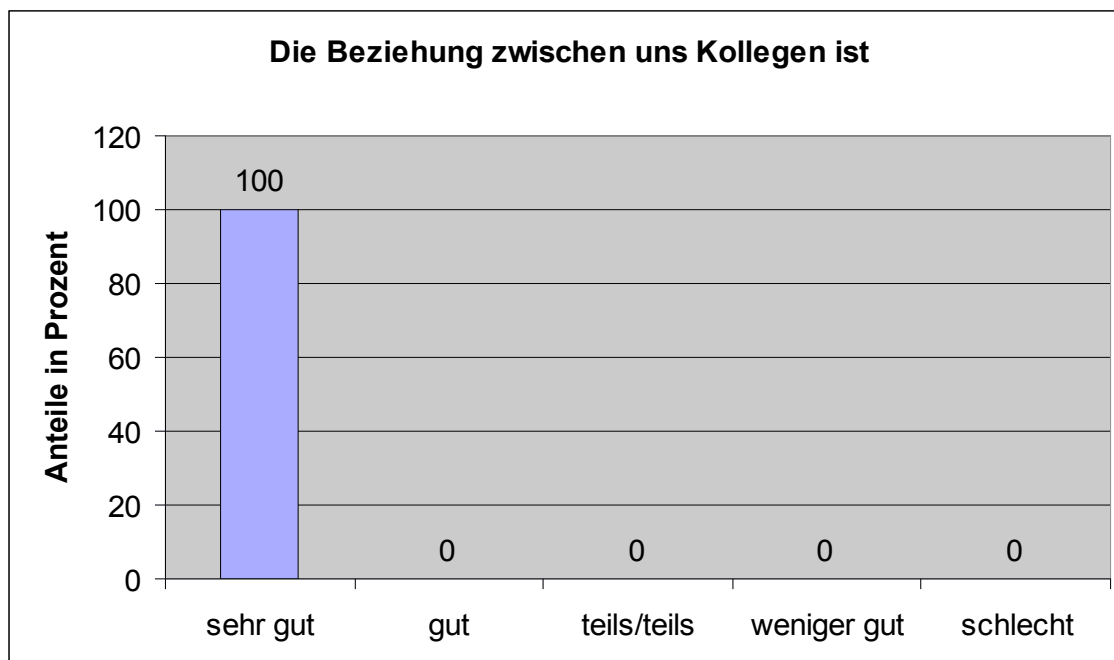
Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung Gemeindeamt Haslach

Im Zuge der Prüfung der Gemeinde Haslach wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über das Betriebsklima in der Gemeindeverwaltung befragt. Insgesamt wurden 9 Fragebögen ausgegeben, wovon 9 an den Landesrechnungshof Oberösterreich retourniert wurden. Der Betriebsklimafragebogen umfasste insgesamt 86 Fragen, die sich auf sieben verschiedene inhaltliche Bereiche aufteilten:

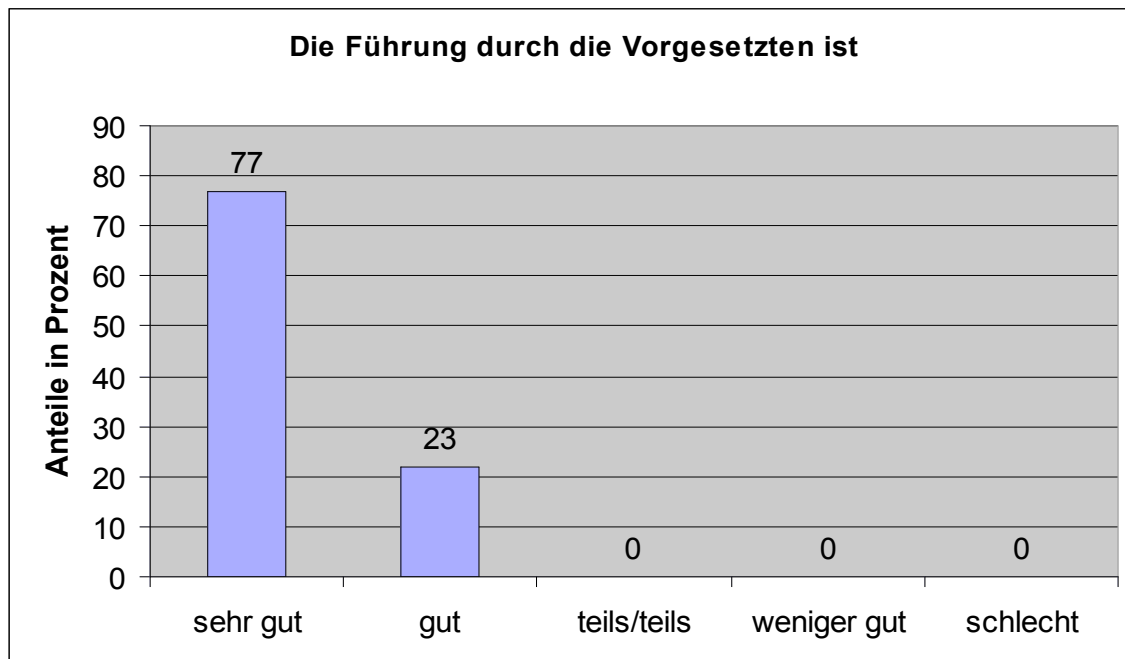
- allgemeines Bild des Betriebes
- Kollegenbeziehungen
- Vorgesetztenverhalten
- Organisation
- Information und Mitsprache
- Interessenvertretung
- betriebliche Leistungen

In der Folge werden die Ergebnisse, die auf den Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schließen lassen und die jeweils besten und schlechtesten Ergebnisse dargestellt. Die Ergebnisse über den Gesamteindruck der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten sich in den einzelnen Bereichen folgendermaßen dar:

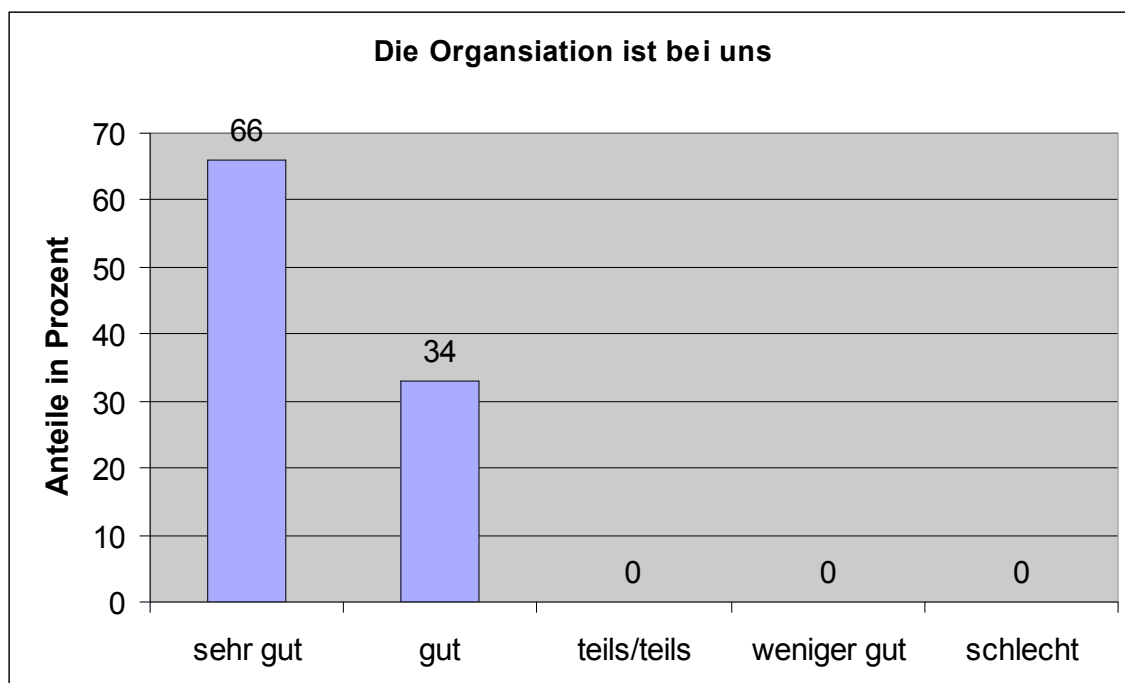
1. Gesamtergebnisse



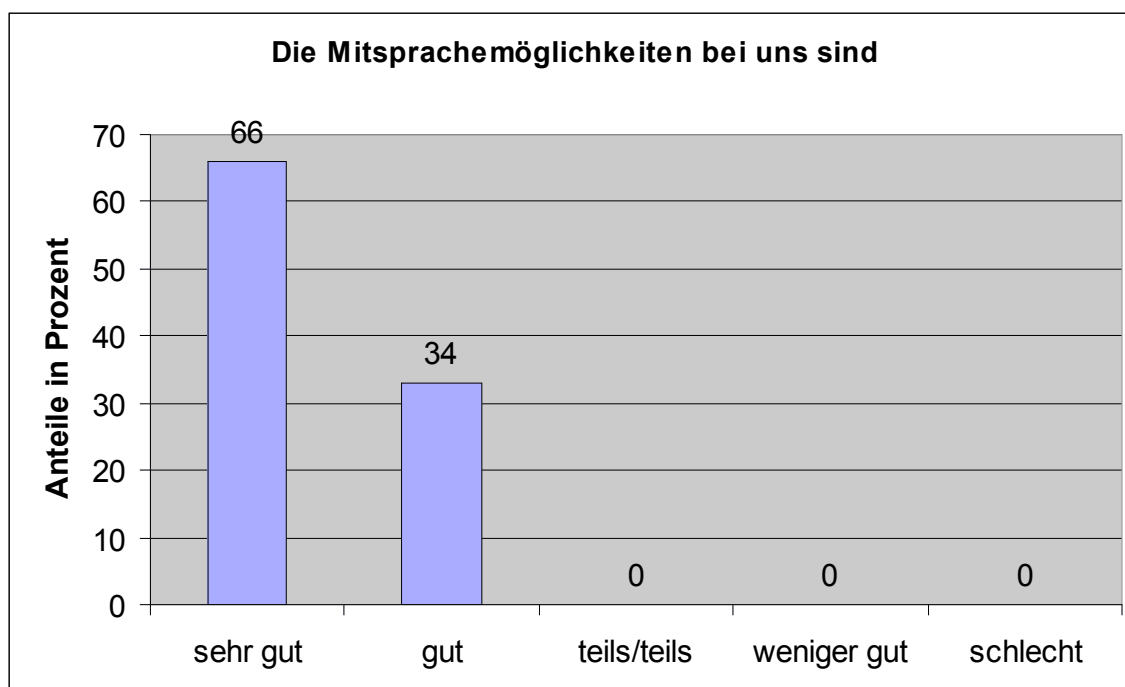
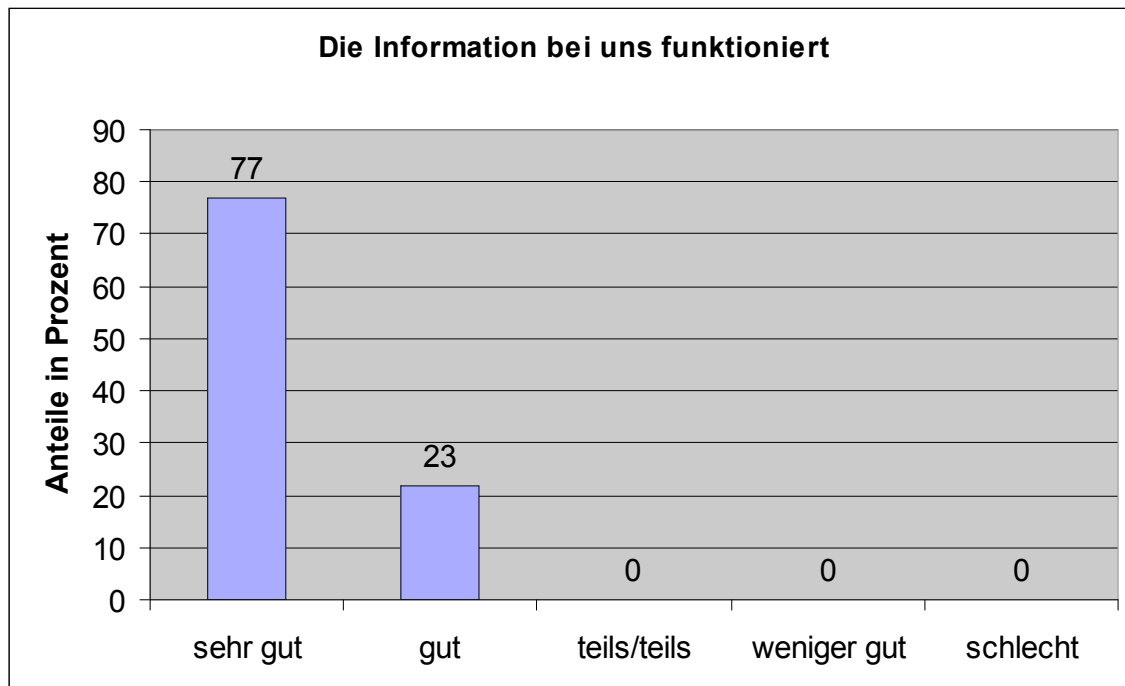
Die Beziehungen, die zwischen den Kollegen in einem Betrieb bestehen, sind ein ganz wesentlicher Bestandteil des Betriebsklimas. Sie zu gestalten, menschlich erfreulich zu machen, ist zu einem großen Teil Aufgabe der Mitarbeiter selbst; es hängt mit ihrer Gesprächsfähigkeit und -bereitschaft, mit ihrer menschlichen Reife zusammen.



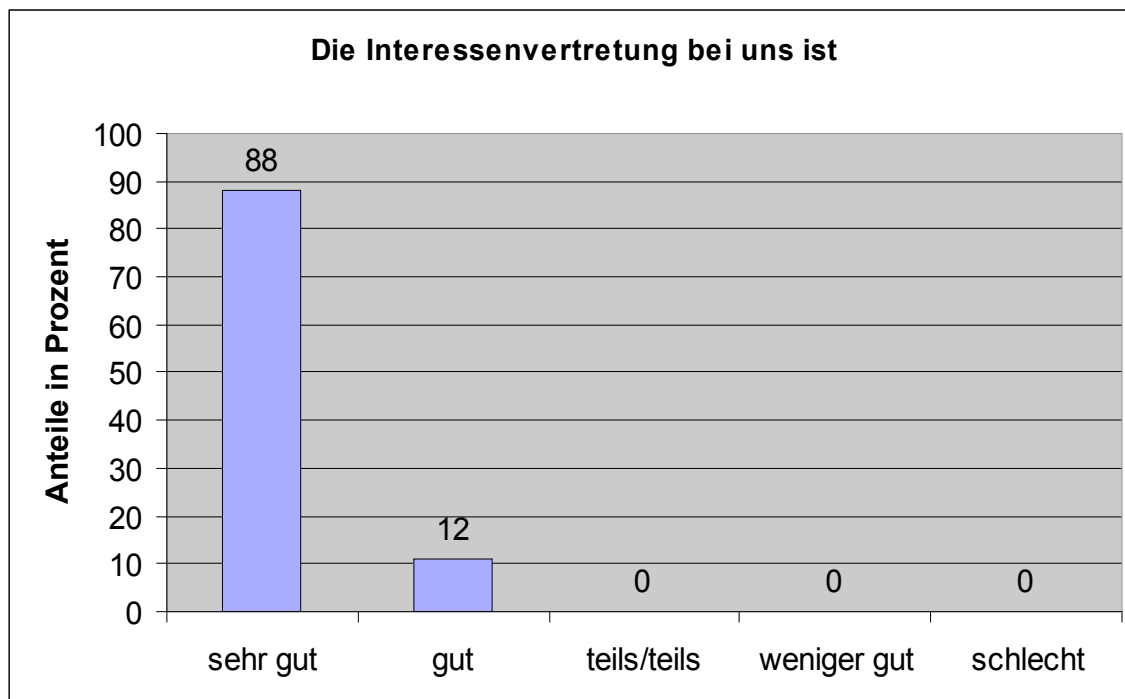
Das Betriebsklima wird maßgebend durch die Vorgesetzten gestaltet. Hier liegen auch die größten Erfolgsfaktoren im Hinblick auf die für eine moderne Verwaltung erforderliche Kultur.



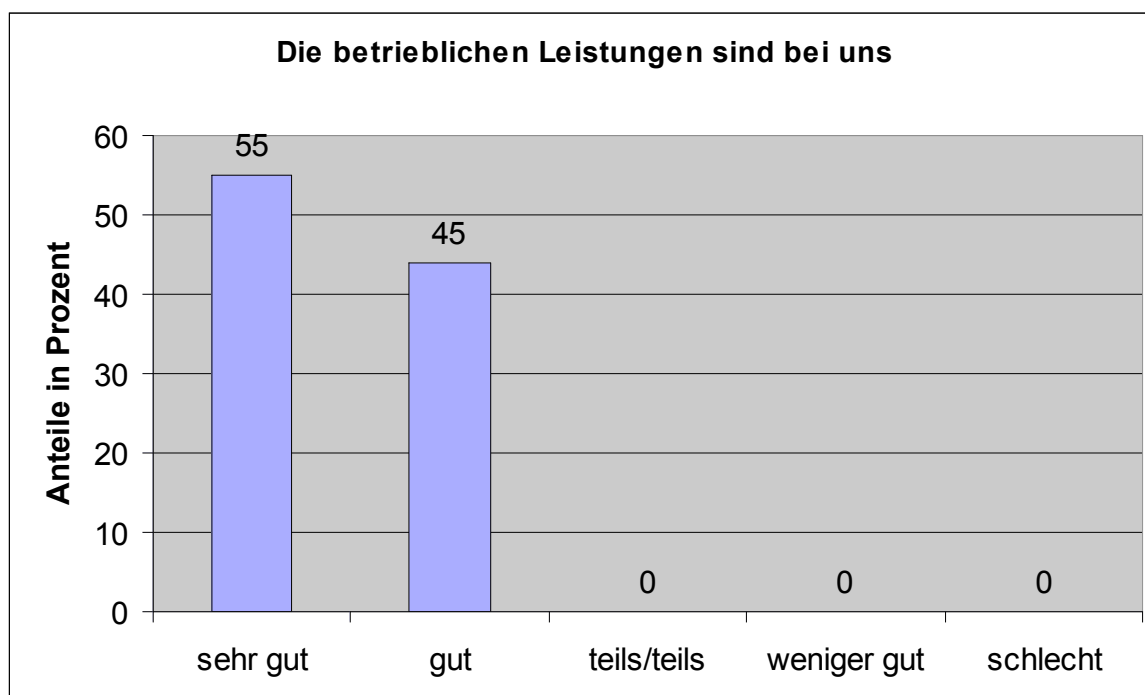
Eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation ist die Basis, auf der sich ein gesundes Betriebsklima erst entwickeln kann.



Die optimale Information der Mitarbeiter und ihre Möglichkeit zur Mitsprache im Betrieb sind Herausforderungen, der sich öffentliche Verwaltungen verstärkt stellen sollten. Eine transparente Informationspolitik sowie eine vertrauensvolle Kommunikation sind tragfähige Pfeiler einer gesunden Verwaltungskultur.



Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Mitarbeitern und Personalvertretung dem Betriebsklima sehr nützlich ist, da sie garantiert, dass die Interessen des Betriebs und die Interessen der Mitarbeiter in Übereinstimmung oder zu einem tragfähigen Kompromiss gebracht werden.



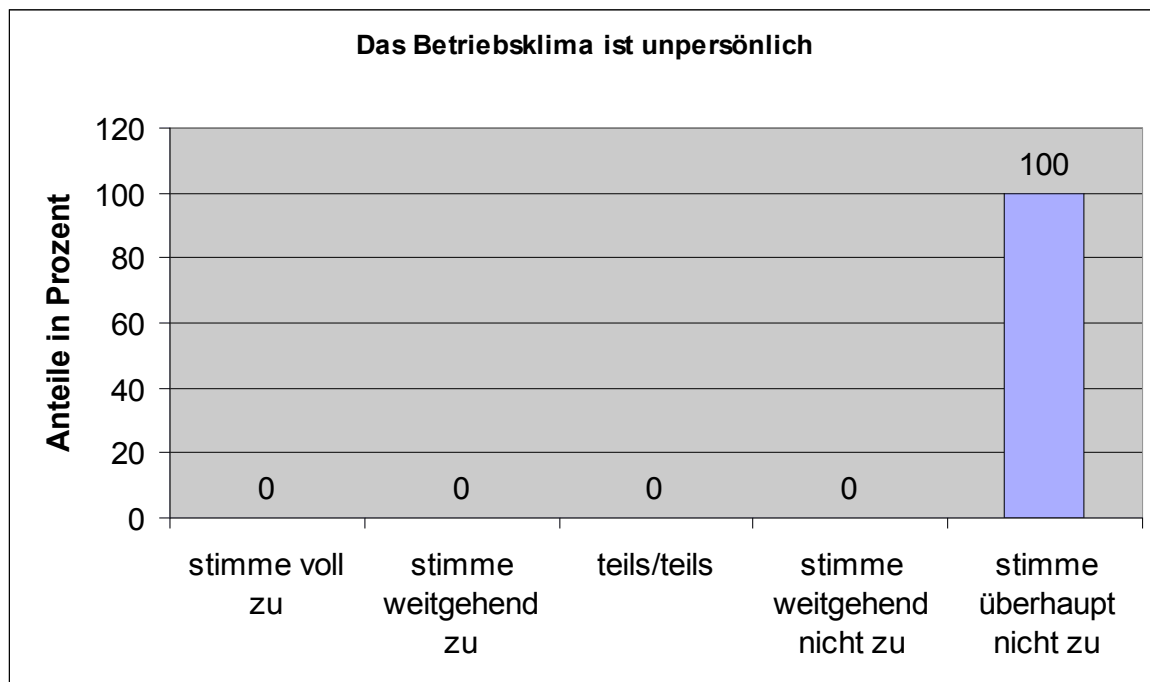
Die durch die Verwaltung erbrachten Leistungen sowie das dort herrschende Betriebsklima bedingen sich gegenseitig. Zum einen ist die positive Arbeitsatmosphäre und Motivation der Mitarbeiter Voraussetzung einer qualitativ hochwertigen Leistungserbringung. Zum anderen sind die Mitarbeiter einer Verwaltung nur dann imstande motiviert zusammenzuarbeiten, wenn ihre Leistungen durch die Kunden honoriert werden.

2. Bestes und schlechtestes Ergebnis je Themenbereich

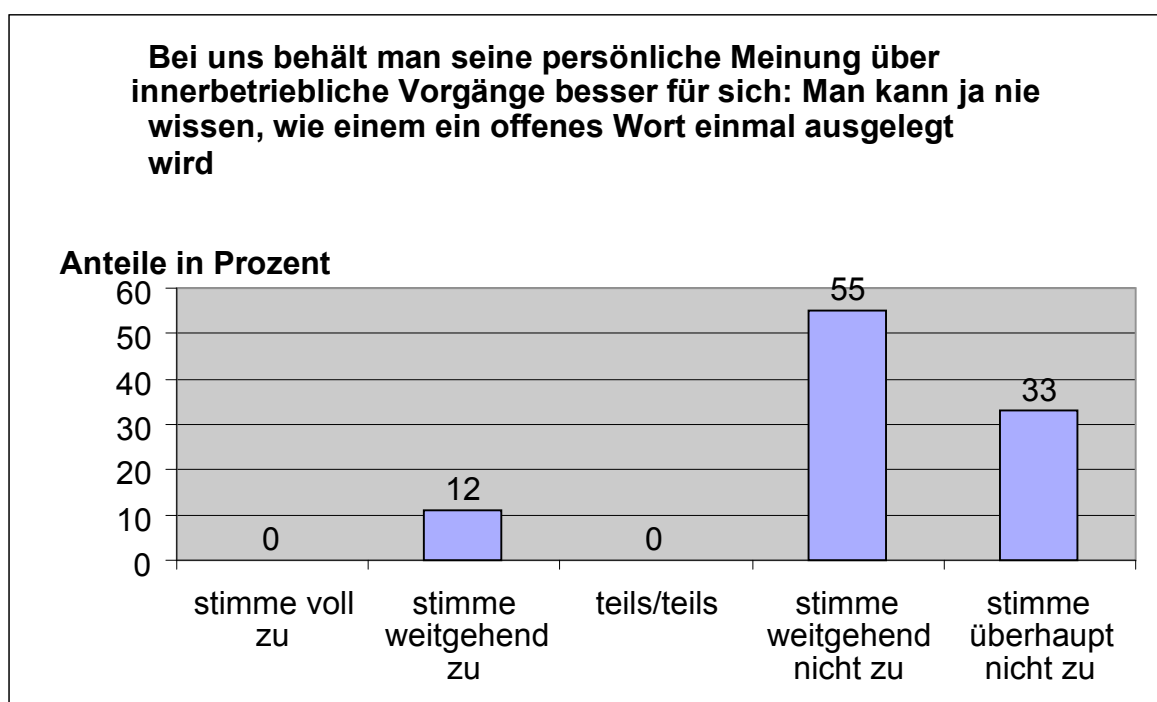
Die am besten und die am schlechtesten bewerteten Einzelfragen innerhalb der Themenbereiche ergaben folgendes Bild:

Themenbereich Kollegen

Bestes Ergebnis:

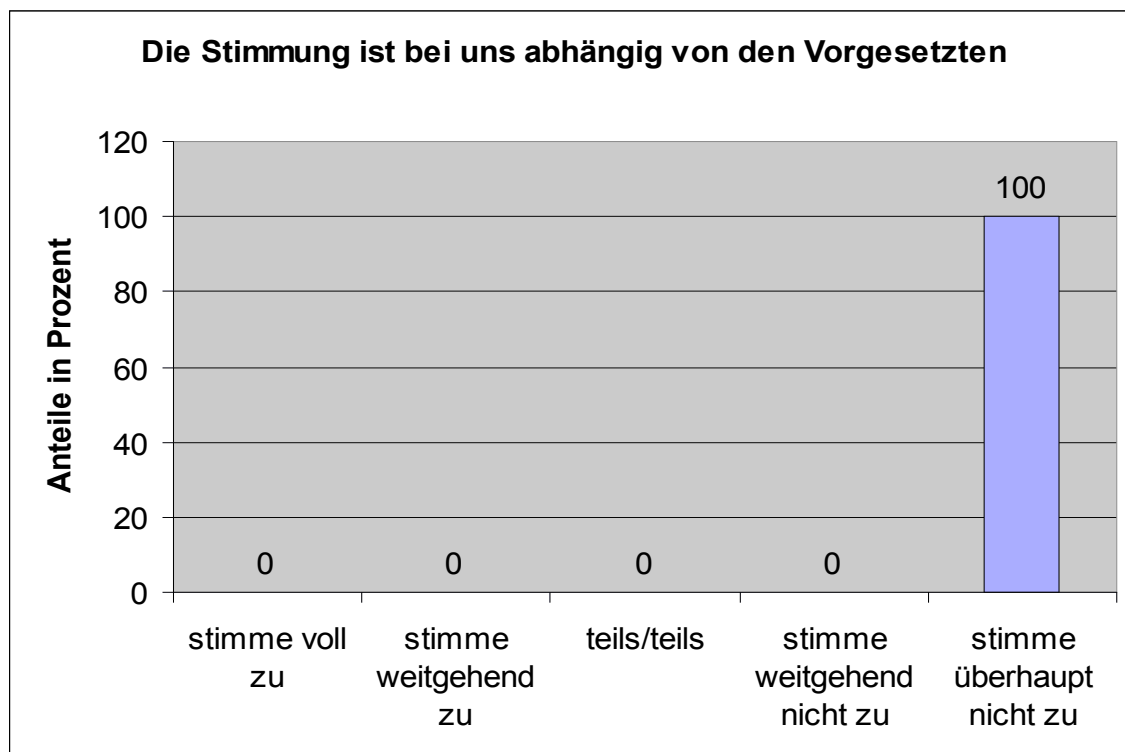


Schlechtestes Ergebnis:

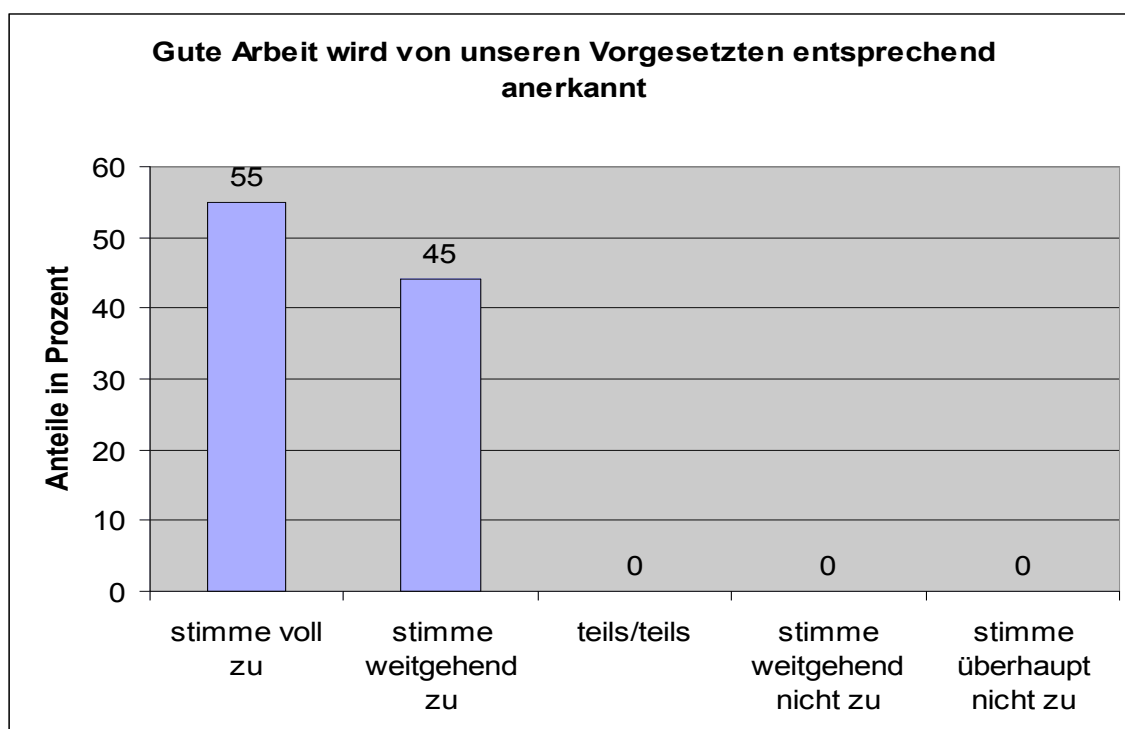


Themenbereich Vorgesetzte

Bestes Ergebnis:

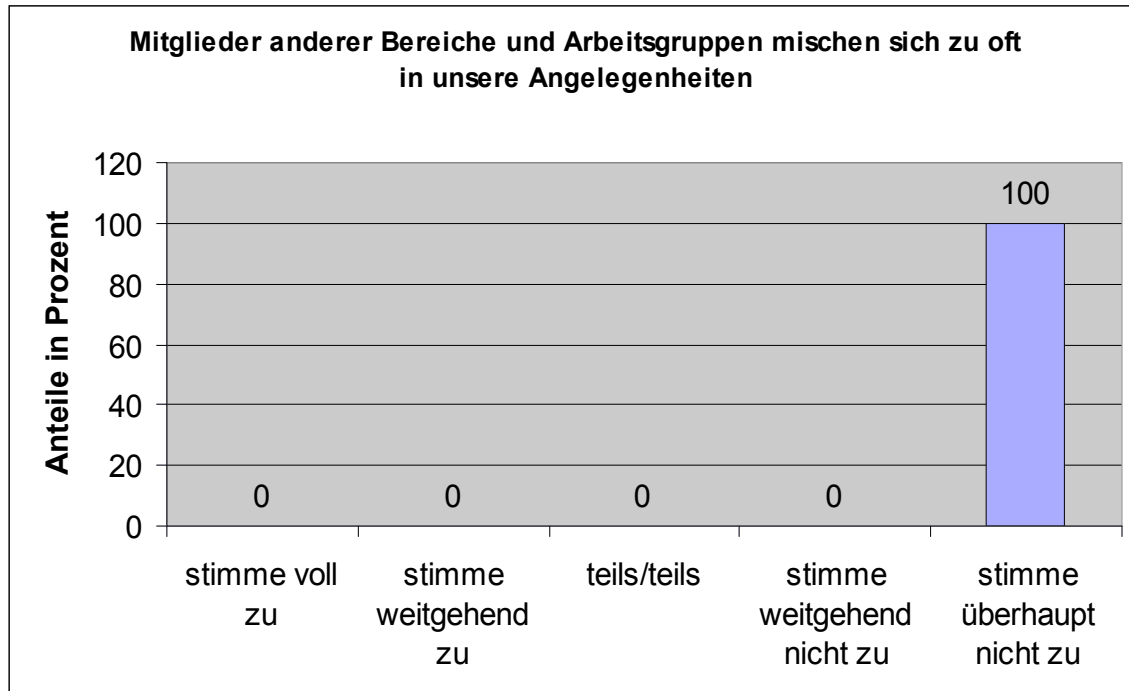


Schlechtestes Ergebnis:

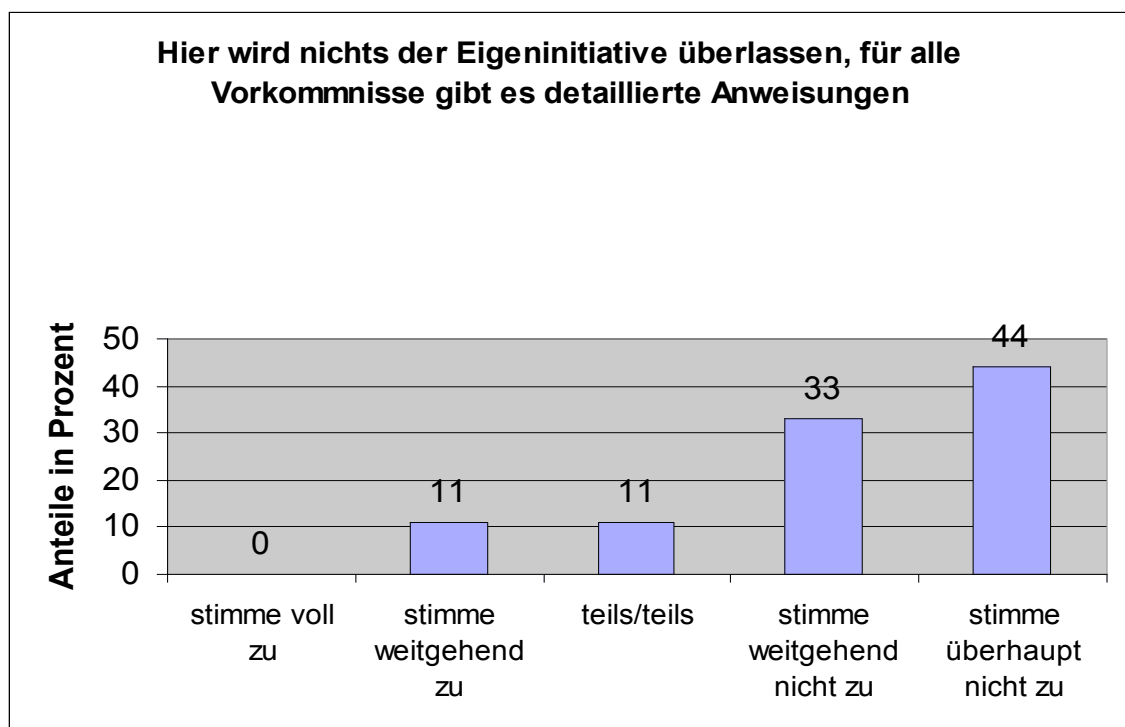


Themenbereich Organisation

Bestes Ergebnis:

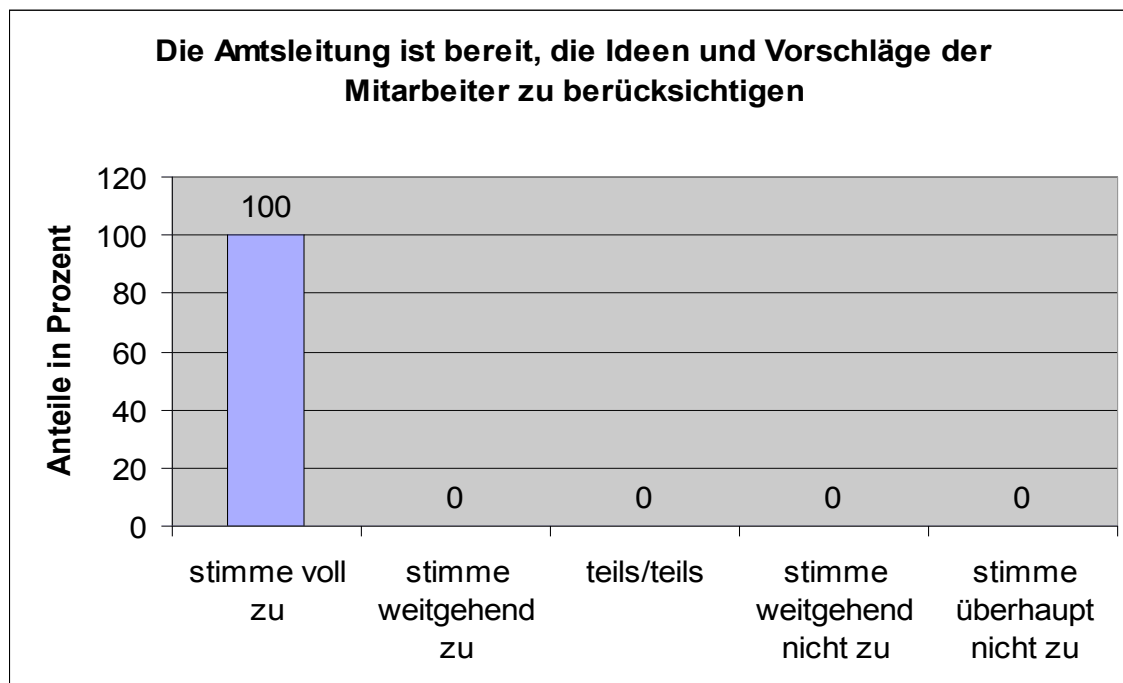


Schlechtestes Ergebnis:

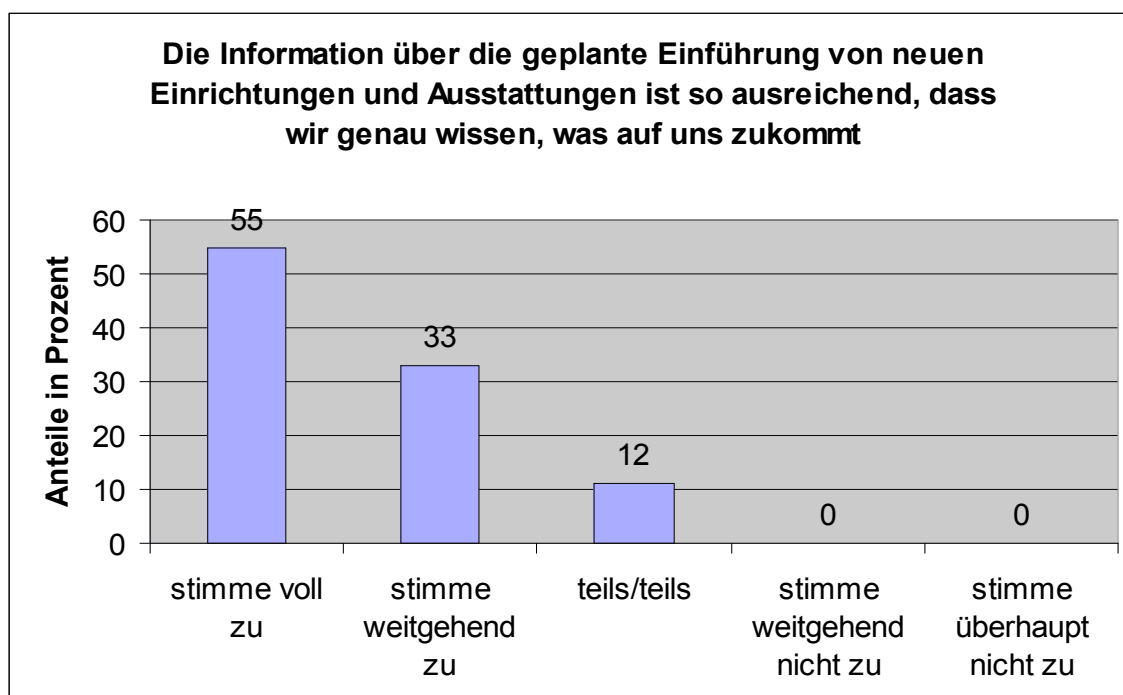


Themenbereich Information und Mitsprache

Bestes Ergebnis:

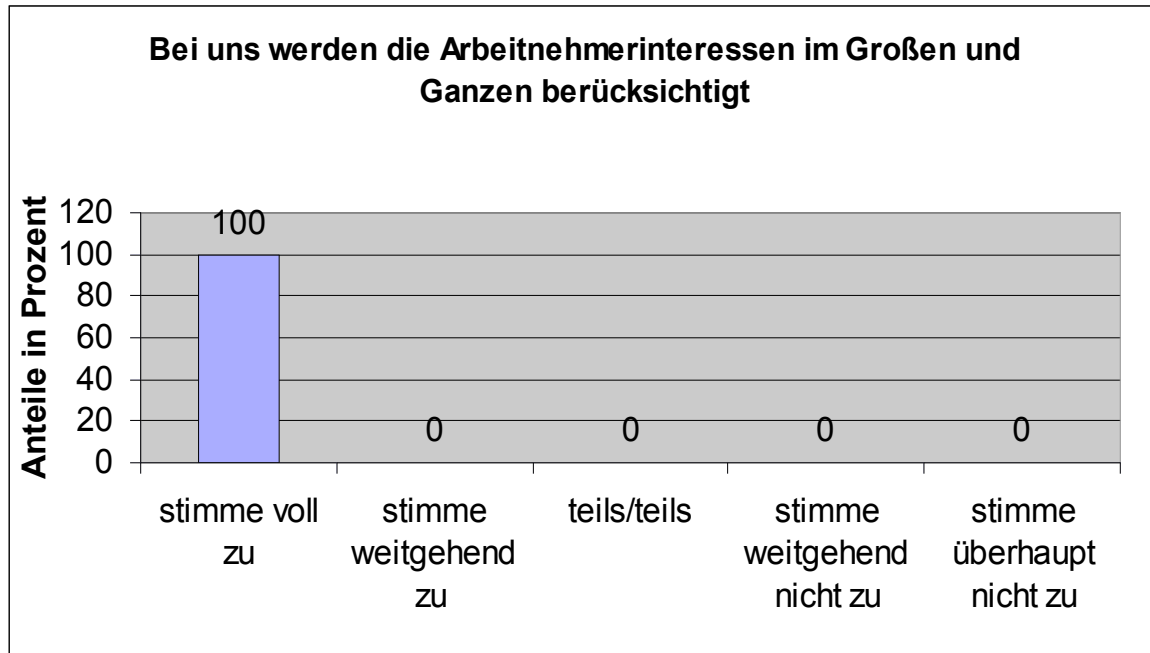


Schlechtestes Ergebnis:

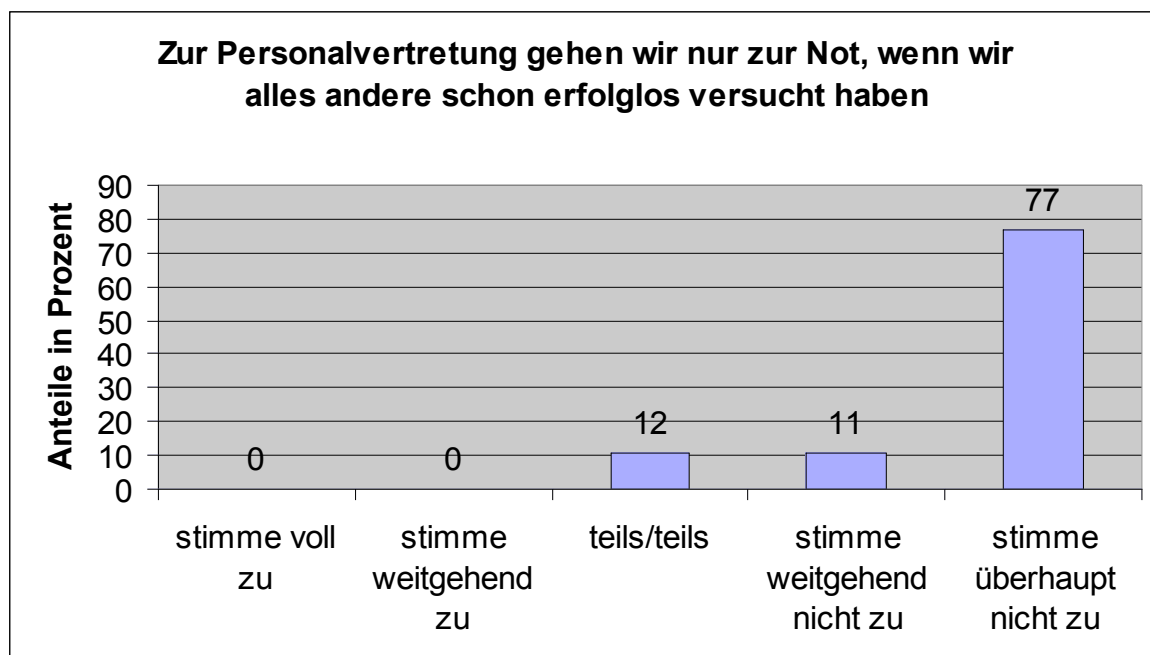


Themenbereich Interessensvertretung

Bestes Ergebnis:

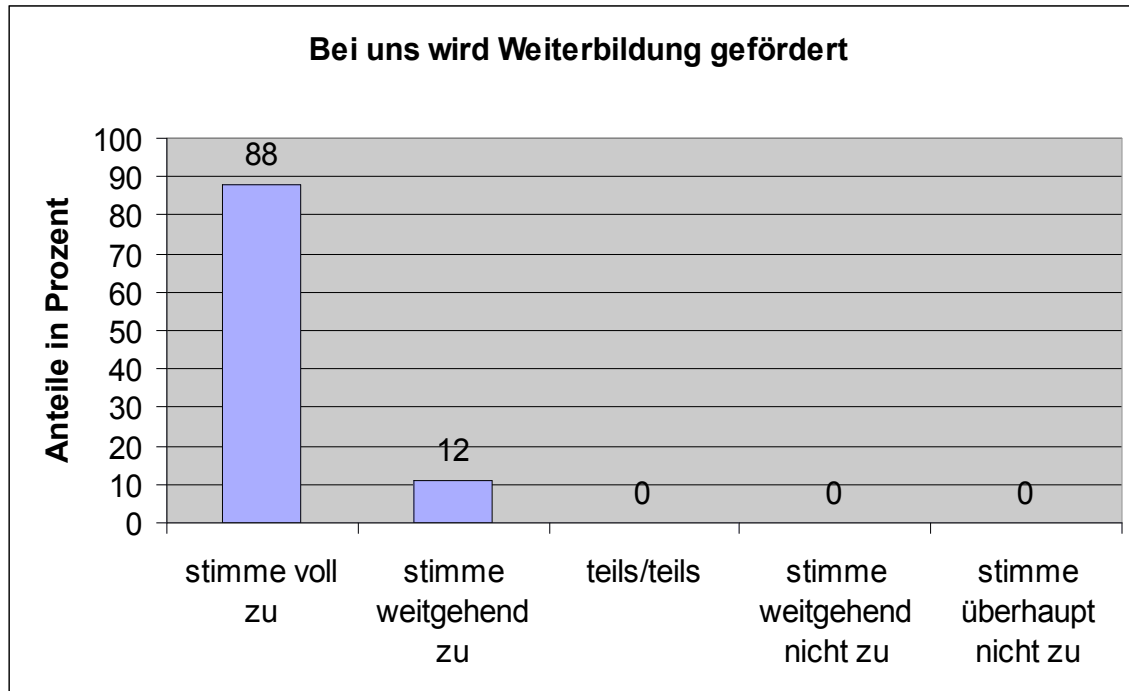


Schlechtestes Ergebnis:

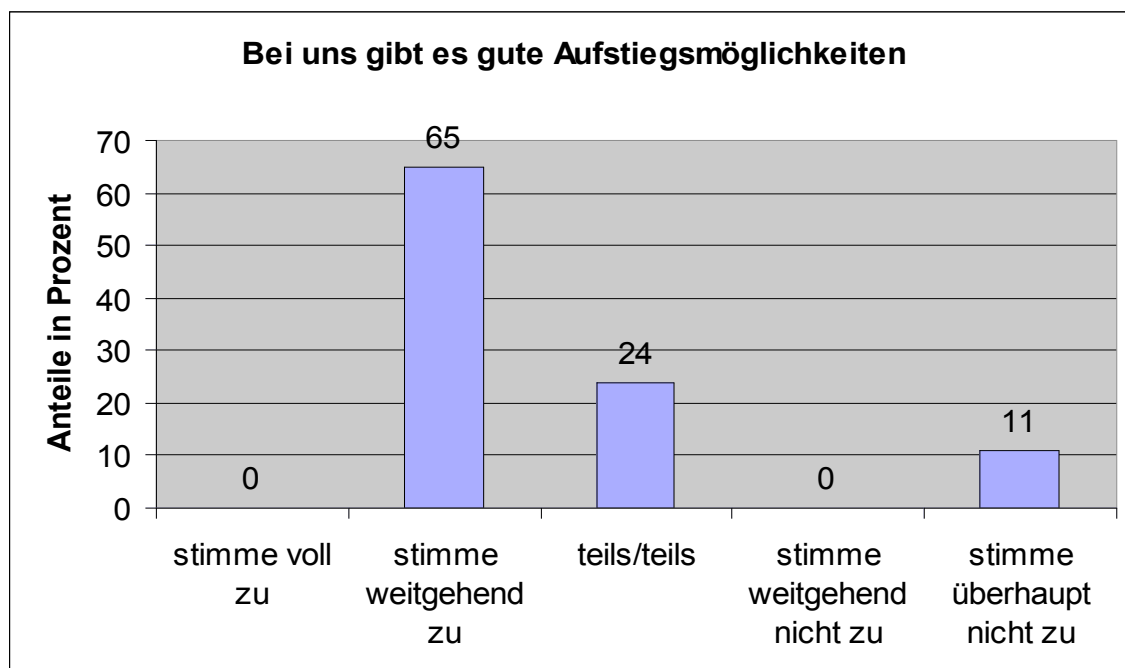


Themenbereich betriebliche Leistungen

Bestes Ergebnis:



Schlechtestes Ergebnis:



Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2007

Teil 1 Laufende Gebarung

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen der laufenden Gebarung					
10	Eigene Steuern	501,8	517,8	493,5	-24,3	-4,7%
11	Ertragsanteile	1.512,9	1.554,4	1.673,7	119,3	7,7%
12	Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	511,2	509,4	548,3	38,9	7,6%
13	Einnahmen aus Leistungen	131,1	134,1	139,9	5,8	4,3%
14	Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	393,9	214,9	213,7	-1,2	-0,6%
15	Laufende Transferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	168,9	170,8	169,0	-1,8	-1,1%
16	Sonstige laufende Transfereinnahmen	35,8	28,1	29,6	1,5	5,3%
17	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	118,5	96,7	83,8	-12,9	-13,3%
18	Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	278,3	370,0	410,3	40,3	10,9%
19	Summe 1 (laufende Einnahmen)	3.652,5	3.596,2	3.761,9	165,7	4,6%
	Ausgaben der laufenden Gebarung					
20	Leistungen für Personal	621,0	632,7	663,6	30,9	4,9%
21	Pensionen und sonstige Ruhebezüge	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
22	Bezüge der gewählten Organe	51,2	53,4	55,5	2,1	3,9%
23	Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	68,7	64,7	68,7	4,0	6,2%
24	Verwaltungs- und Betriebsaufwand	916,4	1.091,0	1.005,2	-85,8	-7,9%
25	Zinsen für Finanzschulden	94,2	106,6	117,3	10,7	10,0%
26	Laufende Transferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	1.118,1	1.164,1	1.315,6	151,5	13,0%
27	Sonstige laufende Transferzahlungen	132,8	116,3	134,1	17,8	15,3%
28	Gewinnentnahmen der Gemeinde von Unternehmen und marktbestimmten Betrieben	118,5	96,7	83,8	-12,9	-13,3%
29	Summe 2 (laufende Ausgaben)	3.121,0	3.325,6	3.443,7	118,1	3,6%
91	Saldo 1: Ergebnis der laufenden Gebarung	531,5	270,6	318,2	47,6	17,6%

Teil 2 Vermögensgebarung

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. und ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen					
30,31,32	Veräußerung von Vermögen	75,4	8,0	15,2	7,2	90,0%
33	Kapitaltransferzahlungen von Trägern d. öffentl. Rechts	806,1	955,9	738,0	-217,9	-22,8%
34	Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
39	Summe 3: Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	881,5	963,9	753,2	-210,7	-21,9%
	Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen					
40	Erwerb von unbeweglichem Vermögen	127,5	183,2	286,6	103,4	56,4%
41	Erwerb von beweglichem Vermögen	121,2	252,5	55,7	-196,8	-77,9%
42	Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	0,2	7,2	21,3	14,1	195,8%
43	Kapitaltransferzahlungen an Träger d. öffentl. Rechts	6,2	12,0	0,0	-12,0	-100,0%
44	Sonstige Kapitaltransferzahlungen	703,2	815,3	538,1	-277,2	-34,0%
49	Summe 4: Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	958,3	1.270,2	901,7	-368,5	-29,0%
92	Saldo 2: Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-76,8	-306,2	-148,5	157,7	51,5%
	Saldo 1 + Saldo 2	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.

Rechnungsquerschnitt 2005 bis 2007

KZ	Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränderung	
		Summe o. + ao. H.			06/07	
		in 1000 Euro			in %	
	Einnahmen aus Finanztransaktionen					
50	Veräußerung v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
51	Entnahmen aus Rücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
52	Einnahmen aus Rückzahlungen von Darlehen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
53	Entnahmen aus Rückzahlung von Bezugsvorschüssen	0,2	0,2	0,0	-0,2	-100,0%
54	Aufnahmen Finanzschulden von Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	2,8	0,0	-2,8	-100,0%
55	Aufnahme Finanzschulden von anderen Trägern	190,2	0,0	0,0	0,0	k.A.
56	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
59	Summe 5: Einnahmen aus Finanztransaktionen	190,4	3,0	0,0	-3,0	-100,0%
	Ausgaben aus Finanztransaktionen					
60	Erwerb v. Beteiligungen und Wertpapieren	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
61	Zuführung an Rücklagen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
62	Gewährung von Darlehen an Träger d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
63	Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
64	Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern d. öffentl. Rechts	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
65	Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen Trägern	211,8	394,8	161,4	-233,4	-59,1%
66	Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben	0,0	0,0	0,0	0,0	k.A.
69	Summe 6: Ausgaben aus Finanztransaktionen	211,8	394,8	161,4	-233,4	-59,1%
93	Saldo 3: Ergebnis der Finanztransaktionen	-21,4	-391,7	-161,4	230,3	58,8%
94	Saldo 4: Jahresergebnis ohne Verrechnungen zwischen o. und ao. H.	433,4	-427,4	8,3	435,7	101,9%

	Übersicht Gesamthaushalt	2005	2006	2007
80	Einnahmen der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 1, 3 und 5</i>	4.724,4	4.563,1	4.515,1
81	Zuführungen aus dem o. Haushalt und Rückführungen aus dem ao. Haushalt	1.093,8	218,9	156,1
82	Abwicklung Soll-Überschüsse Vorjahre	478,4	609,5	58,4
83	Abwicklung Soll-Abgang laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
79	Summe 7 (Gesamteinnahmen)	6.296,6	5.391,5	4.729,7
84	Ausgaben der laufenden Gebarung und der Vermögensgebarung <i>Summe 2, 4 und 6</i>	4.291,0	4.990,6	4.506,8
85	Zuführungen an den ao. Haushalt und Rückführungen an den o. Haushalt	1.093,8	218,9	156,1
86	Abwicklung Soll-Abgänge Vorjahre	475,9	173,6	50,0
87	Abwicklung Soll-Überschuss laufendes Jahr	0,0	0,0	0,0
89	Summe 8 (Gesamtausgaben)	5.860,7	5.383,1	4.712,9
99	Administratives Jahresergebnis <i>Summe 7 minus Summe 8</i>	435,8	8,4	16,8

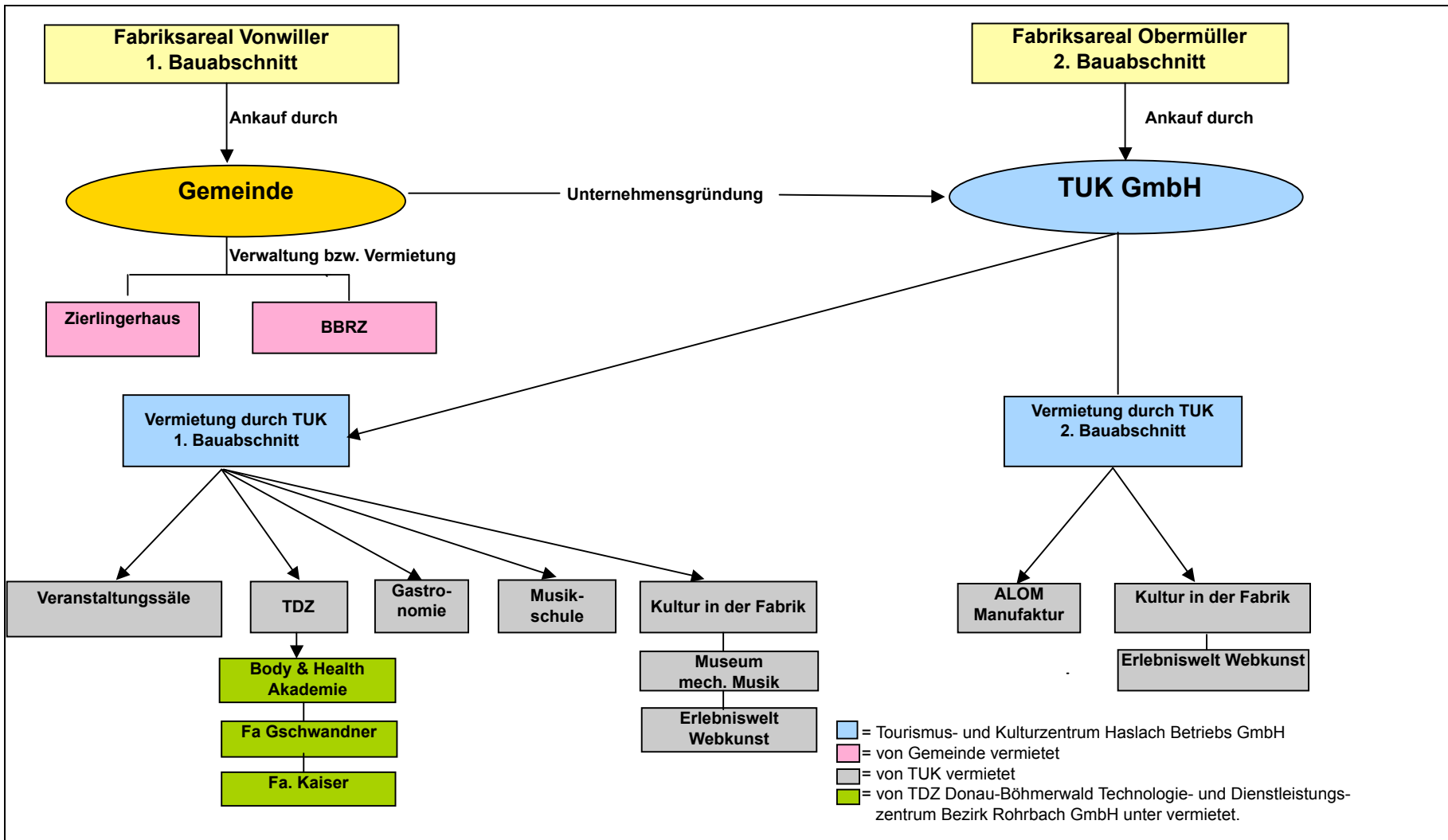
Öffentliche und betriebsähnliche Einrichtungen

Betriebsergebnisse der Jahre 2005 - 2007

Bezeichnung	2005	2006	2007	Veränd. 06/07
	in Euro			in Prozent
Schülerausspeisung	-4.703	-5.363	-1.501	-72,02%
Kindergarten	-52.182	-47.887	-57.763	20,62%
KG-Transport	-6.360	-5.182	-5.844	12,76%
Abfallbeseitigung	-1.342	-978	-1.767	80,74%
Freibad mit Campingplatz	-17.306	-51.201	-59.759	16,71%
Hallenbad (ohne vorzeitige Tilgung 2006)	-42.916	-35.043	-49.652	41,69%
Waldbesitz	-1.800	-1.166	-2.538	117,66%
Wohn- und Geschäftsgebäude Vonwiller	3.063	-19.309	-15.629	-19,06%
Abgänge	-123.546	-166.129	-194.452	17,05%

Grundbesitz	16.730	19.469	27.613	41,83%
Wohn- und Geschäftsgebäude	21.821	28.440	17.111	-39,84%
Wasserversorgung	26.473	21.053	22.996	9,23%
Abwasserbeseitigung	46.434	21.683	50.137	131,23%
Überschüsse	111.458	90.645	117.857	30,02%
Gesamtergebnis - Abgang	-12.088	-75.484	-76.595	1,47%

Tourismus- und Kulturzentrum HASLACH



AKTENVERMERK

Gegenstand: Schlussbesprechung über das Gutachten Marktgemeinde Haslach

Aktenzahl: 210023-2008-Es

Ort und Datum: OöLRH, am 18.04.2008

Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Bgm. Reisinger Dominik
Bgm. Leitner Norbert
GV Mag. Bohaumilitzky Johannes
GV Gutenberger Markus
GV Schmid Nikolaus
AL Bauer Gustav

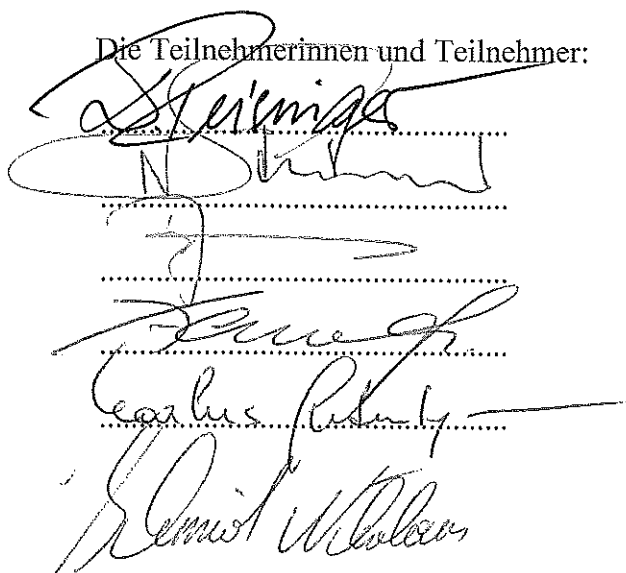
Mitglieder des LRH: Mühlbachler Martin MBA
Eschlböck Hubert
Lang Viktor

Den oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist das vorläufige Ergebnis in der gegenständlichen Schlussbesprechung vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht worden.

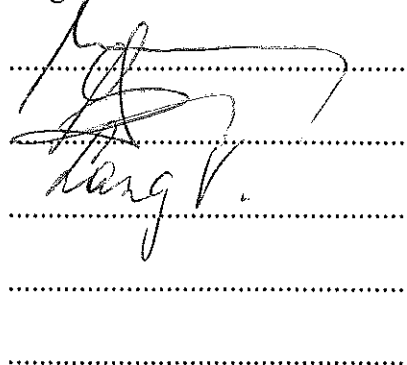
Über den Inhalt des vorgetragenen Ergebnisses konnte inklusive der während der Schlussbesprechung vorgenommenen Änderungen übereinstimmende Auffassung erzielt werden. Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mündlich eingebrachten Stellungnahmen wurden eingearbeitet (Kennzeichnung mit 3 an der zweiten Stelle und mit Kursivdruck).

Die oben angeführten Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichten auf die gemäß § 6 Abs. 5 Oö. LRHG eingeräumte Gelegenheit zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme zum vorläufigen Ergebnis.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer:


The block contains five handwritten signatures of the participants, each followed by a dotted line for a printed name. The signatures are: 1. A large, stylized signature (likely Dominik Reisinger). 2. A signature (likely Norbert Leitner). 3. A signature (likely Johannes Bohaumilitzky). 4. A signature (likely Markus Gutenberger). 5. A signature (likely Nikolaus Schmid).

Mitglieder des LRH:


The block contains three handwritten signatures of the LRH members, each followed by a dotted line for a printed name. The signatures are: 1. A signature (likely Martin Mühlbachler). 2. A signature (likely Hubert Eschlböck). 3. A signature (likely Viktor Lang).